Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 248. Dienstag, den 22. Oktober 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Petroleummonopol.

II.

Das preußische Junkertum, soweit es von der Spiri-
ıserzeugung wirtschaftlich abhängig ist (und gerade
ine besten Namen würden ihren Glanz verlieren, wenn
: den Destillierkolben unbenutzt an die Wand hängen
nd die Volksvergiftung aufgeben müßten), ist auf
nade und Ungnade den amerikanischen Petroleum-
agnaten ausgeliefert. Wenn es Herrn Rockefeller
ute einfällt, das preußische Junkertum in seiner heu-
gen Form durch einen einzigen Federstrich abzuschaf-
n, wörtlich: abzuschaffen, dann kann er es tun. Die
errlichkeit des Schnapsadels versinkt und vertrinkt
ettungslos in den überfließenden Mengen unverbrauch-
n Brennspiritus, wenn der Petroleumpreis auf die
älfte herabgesetzt wird. Der Branntweinboy-
ott unserer Partei ist eine schöne Sache. Aber den
olitischen Erfolg einer Zerstörung der Junkermacht
ann er nicht herbeiführen. In dem Maße, wie der
chnapskonsum sinkt, wird mit Hilfe der bestehenden
esetzgebung, nötigenfalls wohl auch mit ein paar neuen
aragraphen, die Belastung des verbleibenden Restes
höht; die Sache bleibt dann ungefähr beim alten.
anz anders ist es aber, wenn der Verbrauch von tech-
ischem Spiritus erheblich zurückgeht. Dann ist kein Halt
ehr. Dann geht die Spirituserzeugung in ihrer heuti-
en Form zugrunde, d. h. dann wird die unverschämte
limentierung der Schnapsjunker unmöglich, die Bo-
enbesitzverteilung im östlichen Deutschland unhaltbar.
urch einen Boykott des Brennspiritus ist ein solcher
us vielen Gründen lebhaft zu begrüßender Erfolg nicht
erbeizuführen, weil man den Brennspiritus einfach
icht boykottieren kann. Der einzige Weg zum Ziele
ührt über die Verbilligung des Petroleum-
reises. Und wenn es der Standard Oil Compagnie
inmal einfallen sollte, für die Propaganda des Petro-
eums, für die Verbesserungen seiner Verbrauchsvor-
chtungen (der Lampen, Kochgeräte, Heizungseinricht-
ngen) annähernd ebensoviel aufzuwenden, wie die In-
eressenten jahrelang für die Propaganda des Brenn-
piritus aufgewendet haben, dann bliebe um so weniger
offnung für die Spiritusproduzenten.

Man darf nun nicht annehmen, daß die Junker
iese Gefahr nicht sähen. Sie wissen ganz genau, auf
elchem schwankenden Boden ihre Herrlichkeit ruht. Da-
er ihre rücksichtslose Machtausnützung, daher der Ter-
orismus, den sie jedesmal ausgeübt haben, wenn eine
lenderung des Branntweinsteuergesetzes im Reichstage
ur Erörterung stand. Das war der Grund, warum sie
nserem Volke einen gesetzlichen Trinkzwang durch Fest-
egung der Prozentzahlen des Trinkbranntweins auf-
rlegen wollten, warum sie keinen Pfennig für die Pro-
aganda der Mäßigkeit oder Enthaltsamkeit gewährt
hen wollen, warum sie den Brennspiritus in ver-
hlossenen Gefäßen von mindestens einem Liter Inhalt
um Verkaufe bringen lassen und warum sie jetzt wieder
ersuchen, mit Hilfe eines Vereins die Destillateure aus
anz Deutschland zu dem Abkommen zusammen zu brin-
en, die Schnäpse nur mit einem bestimmten Spiritus-
ehalt an das Publikum zu verkaufen. Es kommt ihnen
arauf an, den Absatz von Trinkbranntwein in beiden
ormen hochzuhalten, denn jede Absatzminderung be-
eutet nicht nur eine wirtschaftliche Schwächung, sondern
etzten Endes auch eine Einbuße an politischem Einfluß;
ie Vernichtung des Absatzes von technischem Spiritus
urch die revolutionäre Herabsetzung der Petroleum-
reise würde für das Junkertum sogar eine Katastrophe
edeuten. Wie aber können die Junker die drohende Ge-
ahr abwenden, daß die in ihren Absatzmöglichkeiten zu-
ehends beschränkte amerikanische Petroleumindustrie
ur Erhaltung und Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit
ie Preise ihres Erzeugnisses empfindlich herabsetzt?
Der Standard Oil Trust kann die preußischen Junker in
ie Luft sprengen. Die deutsche Reichsregierung wird
s nicht tun, denn die haben die Junker in der Hand,
erade so, wie sie selbst in die Hand der Amerikaner ge-
eben sind. Man könnte einwenden, daß ja bisher Rocke-
eller und seine Kumpane ihre Macht nicht gegen die
Junker angewendet hätten und es daher auch wohl in
Zukunft nicht tun würden. Das ist falsch gerechnet. Die
Amerikaner haben bisher gerade so viel Profit aus
Deutschland herausgeholt, wie sie wollten, ohne der Spi-
rituskonkurrenz das Genick abdrehen zu müssen. Aber in
ie Enge getrieben, würden sie sich zweifellos keinen
Augenblick besinnen, zu tun, was in ihrem Interesse
iegt. Einem solchen Treiben könnte auch unter sonst
leichbleibenden Umständen die deutsche Reichsregierung
nicht entgegentreten, wenn sie nicht eine Empörung der
öffentlichen Meinung im eigenen Lande heraufbeschwö-
ren wollte. Schließlich wäre es doch im Interesse der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung nur mit Freuden zu begrüßen, wenn das Petroleum um die Hälfte verbilligt würde; sollte man da etwa durch Zollerhöhungen entgegenwirken? Heute ergibt der Petroleumzoll rund 78 Millionen Mark jährlich und macht ungefähr den elften Teil des gesamten Zollaufkommens in Deutschland aus: der Petroleumzoll belastet die Einfuhr mit rund 75 Prozent ihres Wertes und beträgt auf den Kopf der Gesamtbevölkerung des Reiches jährlich 120 Pfg. Angesichts der bekannten Tatsache, daß diese Zollast unverhältnismäßig schwerer auf den Minderbemittelten als auf den wohlhabenden Schichten der Bevölkerung ruht, würde sich wohl selbst eine Regierung Bethmann-Hollweg dreimal überlegen, ob man da einer Verbilligung des Petroleums durch eine Zollerhöhung entgegenarbeiten dürfte. Das heißt also, wie gesagt, daß kaum ein anderes Mittel gegeben ist, um einer drohenden Verbilligung des Petroleums und einer stärkeren Konkurrenz gegen den Spiritus Halt zu gebieten, als die Monopolisierung des Handels.

Wenn daher jetzt die deutsche Reichsregierung das Volk einlädt, ihm zu einer halbstaats-sozialistischen Maßnahme seinen Segen zu geben, so sind dabei wohl auch noch einige andere Gründe treibend gewesen, als die, die sie selbst anzugeben die Güte hatte. Es ist die Rücksicht auf den preußischen Junker, die sie zu einer Monopolisierung des Petroleumhandels veranlaßt.

Vermutlich allerdings ist das nicht der einzige Grund. Neben die Rücksicht auf die preußischen Junker tritt wohl auch noch die Rücksicht auf jene einflußreichen Kreise des Großkapitals, die in immer engere Beziehungen zu unserer Regierung kommen. Einmal auch diejenigen, die viele Millionen in das galizische und rumänische Erdölgeschäft gesteckt haben, dann aber auch auf die großen Elektrizitätskapitalisten (wobei nicht übersehen sein soll, daß vielfach eine Personalunion zwischen diesen beiden Gruppen vorhanden ist). Auch diesen beiden großkapitalistischen Gruppen kann nicht daran liegen, daß das Petroleum allzu billig wird und daß eine wirklich billig hergestellte Petroleumtischlampe dem Vordringen des Glühlichtes im Wege steht, oder daß der so überaus einfach zu bedienende und heute schon billig arbeitende Petroleummotor den Absatz elektrischer Energie allzusehr hemmt. Also auch im Interesse der Elektrizitätsgesellschaften, denen sich manche Staaten, wie z. B. Bayern unter der gloriosen Regierung Hertling, mit Haut und Haaren verschrieben haben, liegt eine Verhinderung allzu billiger Petroleumpreise.

Wir wiederholen noch einmal: Der Vorschlag der Regierung verhindert anscheinend, oder auch wahrscheinlich eine Steigerung der Petroleumpreise über den heutigen Stand, auf dem sich die Konkurrenz des Erdöls mit Elektrizität und Gas im bisherigen Wettkampfe eingestellt hat; aber er verhindert auch mit allergrößter Wahrscheinlichkeit eine unter heutigen Umständen für die Zukunft wahrscheinliche erhebliche Ermäßigung der Erdölpreise, die namentlich der Spiritusindustrie tödliche Wunden schlagen würde, oder windet doch die Entscheidung darüber aus der Hand der amerikanischen Kapitalisten und legt sie in die der deutschen Reichsregierung.

Das ist die andere Seite des Monopolplanes. Wenn man ihn uns nun durch sozialpolitische Lockungen annehmbar zu machen sucht, in dem man laut verkündet, jeder Ueberschuß aus diesem mächtigen Handelsgeschäft solle zu sonst aus finanziellen Gründen undurchführbaren Aufgaben der Volksfürsorge verwendet werden, auf keinen Fall aber als Ersatz für eine Besitzsteuer dienen, so kann uns das nicht aus unserer kritischen Stellung herauslocken. Eine schärfere Heranziehung der Petroleumkonsumenten. zu allgemeinen Reichszwecken, als sie heute schon stattfindet, ist, wie gesagt, schlechthin undenkbar. Da würde wohl selbst unseres geduldigen Volkes Langmut einmal ein Ende haben. Schon heute muß der arme Teufel mit seiner schäbigen Erdölfunzel zu den Steuerlasten des Reiches erheblich beitragen, während der reiche Protz sein elektrisches Licht steuerlos strahlen lassen darf. Daß man diese schwer erträgliche Ungerechtigkeit noch krasser ausgestalten dürfte, um die Besitzenden vor der verhaßten Erbschaftssteuer zu bewahren, das könnte nur ein politischer Narr empfehlen. Anders ist es schon mit den sozialpolitischen Andeutungen, wenn man sie nicht genauer untersucht. Man hat ausgerechnet, daß die Reichsregierung aus der bloßen Verbesserung des Petroleumabsatzgeschäftes bei den heutigen Preisen jährlich 2 Millionen Mark einnehmen werde; andere halten die Schätzung für viel zu niedrig und in der Tat dürften ungefähr 6 Millionen Mark aus dem Geschäfte herausspringen. Wenn nun die Reichsregierung zu diesen 6 Millionen Mark noch etwa 2—3 Millionen Mark (also einen im Vergleich zum Gesamtetat des Reiches völlig bedeutungslosen Betrag) hinzulegen würde, dann könnte die Herabsetzung des anspruchberechtigenden Alters bei der Versicherung von 70 auf 65 Jahre sofort durchgeführt werden, könnte vielleicht auch ein Stückchen Mutterschutz und Säuglingsfürsorge unserer Versicherung angegliedert werden. Gesetzt den Fall, das geschähe. Was wäre die Folge? Jeder auch noch so zarten Andeutung, daß es vielleicht an der Zeit sei, auch einmal die Petroleumpreise herabzusetzen, um die Petroleumkonsumenten an dieser Stelle ihres Haushaltes zu entlasten, würde die entrüstete Entgegnung werden, daß dann die Versorgung der Greise und Greisinnen, der Invaliden der Arbeit, gefährdet erscheine. Mit anderen Worten: es wäre eine neue Sicherung für den Absatz des preußischen Junkerschnapses geschaffen, weil tatsächlich der Preis des Petroleums mit dieser Begründung dauernd hochgehalten würde. Also mit der sozialpolitischen Seite ist es auch nur so so. Wir wollen uns da lieber freie Hand bewahren. Die Herabsetzung der Altersgrenze, die anderen Ergänzungen der Versicherung, um das nur noch zu erwähnen, müssen unter allen Umständen kommen. Dafür brauchen wir keine Rechte auf anderen Gebieten zu opfern.

Sollen wir nun damit selbst den Plan von vornherein als abgetan erachten? Keineswegs. Im Gegenteil: es lassen sich eine Menge guter Gründe für eine Aenderung des bisherigen Zustandes geltend machen. Ob diese Aenderung auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Wege überhaupt oder am besten zu erreichen wäre, lassen wir dahingestellt. Es ist wenigstens möglich. Aber einige unscheinbare, wenn auch das Wesen der Sache tief berührenden Abänderungen müßten doch auch an diesem Plane vorgenommen werden, wenn er unsere Zustimmung erhalten sollte: nämlich, die Entscheidung über die Verkaufspreise des Petroleums darf nicht der Reichsregierung allein überlassen bleiben, sondern muß letzten Endes bei der Volksvertretung ruhen. Dann kann das Volk dafür sorgen, daß kein Unfug mit dem Monopol getrieben wird. Und es wird dann wohl auch dafür sorgen.

Der Balkankrieg.

Auch heute liegen wieder eine große Anzahl Meldungen vom Kriegsschauplatze vor, die zwar teilweise von großen Siegen dieser oder jener Macht berichten, denen jedoch ebenfalls mit großer Vorsicht zu begegnen ist. Die Bulgaren und Serben marschieren nach ihrer Angabe immer weiter erfolgreich gegen die Türkei vor, während die Türken behaupten, daß sie den Bulgaren und Serben große Schlappen beigebracht haben und immer tiefer in bulgarisches Gebiet eindringen. Authentische Nachrichten sind über diese Operationen nicht zu erlangen, da von allen Mächten eine strenge Zensur geübt wird.

Die Serben wollen die türkische Befestigung Podujewo besetzt haben und auf erfolgreichem Vormarsche gegen Kumanroe und Prischtina sein. Eine weitere serbische Kolonne will bis kurz vor Novibazar, einer wichtigen türkischen Stadt, gelangt sein und die Absicht haben, sich nach dem Fall dieser Stadt mit den Montenegrinern zu vereinigen. Die Türken wollen dagegen den Serben an ihrer Grenze bei Bova Varos eine empfindliche Niederlage beigebracht haben.

Die Montenegriner haben in der von ihnen eroberten Stadt Berane eine eigene Verwaltung, Post und Telegraph eingesetzt. Die Hauptarmee hat den See von Hum überschritten und bewegt sich auf Skutari zu. — Die Türken berichten von heftigen, für sie erfolgreiche Kämpfen bei Berane und Bjelopolje.

Die Griechen haben durch die Einnahme von Elassona und die um die Stadt liegenden Höhen sicherlich einen nicht zu unterschätzenden Erfolg erzielt. Die aus 9000 Mann bestehende türkische Besatzung der Stadt hat sich zurückgezogen.

Die Aktionen auf dem Seewege nehmen ihren Fortgang. Wie die „Agence Bulgare“ meldet, begannen am Sonntag vormittag zwei türkische Kreuzer die Beschießung von Varna. Die türkischen Granaten haben vorzugsweise in dem am Meer liegenden Stadtteile Schaden angerichtet. Beschädigt wurden u. a. die Kaserne in Eurinograd, das Hafenzollamt, zwei Lebensmitteldepots, ein Wachtgebäude, eine Mühle, ein Kloster und mehrere andere Gebäude, die in Flammen aufgingen. Besonders schweren Schaden richtete das türkische Feuer an der Landungsbrücke und an mehreren am Ufer liegenden Speichern an. Die Türken ließen zwei Boote zu Wasser und versuchten die Landung, mußten aber infolge des unausgesetzten Gewehrfeuers der Bulgaren unverrichteter Sache mit mehreren Verwundeten wieder umkehren. Nach der Beschießung fuhr ein türkischer Kreuzer in der Richtung auf Baltschik weiter, während sich der zweite mit drei anderen türkischen

Kriegsschiffen vereinigte und nun zwischen Kavarna und Kaliakra kreuzt und die Küste beschießt.

Sonntag nachmittag 4 Uhr näherten sich türkische Kriegsschiffe dem Hafen von Varna von neuem, zogen sich aber bald wieder zurück. Die Leuchttürme auf dem Schwarzen Meer wurden gelöscht. Die Hafeneinfahrt bleibt frei von 8 Uhr morgens bis nachmittags 5 Uhr. Man legt dem Erscheinen von angeblich einem Linienschiff, zwei Kreuzern, vier geschützten Korvetten, mehreren Torpedobooten, im ganzen 18 Fahrzeugen vor Varna keine Bedeutung bei. Das türkische Geschwader gab 45 Schüsse ab, die alle weit vom Ufer ins Wasser gingen. Die bulgarischen Torpedoboote griffen angeblich zweimal an. Das Geschwader von Varna wurde in Verteidigungszustand gesetzt.

Die Agence Bulgare meldet weiter: Einige türkische Kriegsschiffe haben, ohne die Ortsbehörde vorher zu benachrichtigen, den bulgarischen Hafen Kavarna bombardiert, der ausschließlich Handelshafen ist und garnicht verteidigt wird. Sie zerstörten das Zollgebäude und beschädigten mehrere Magazine und Privathäuser. Die bulgarische Regierung protestiert gegen diesen Angriff, der eine handgreifliche Verletzung der Grundsätze des internationalen Rechts darstellt, die von der Haager Konferenz aufgestellt sind und von allen zivilisierten Ländern geheiligt werden. Das unhumane Vorgehen verstößt gegen die elementarste Regel, daß der Krieg ein Kampf zwischen den Heeren und keine Gewalttätigkeit gegen die friedliche Bevölkerung ist.

Aus Konstanza kommt die Nachricht, daß vier türkische Kriegsschiffe den Hafen von Kavarna beschossen und da sich niemand wehrte, auch eine große Anzahl Truppen ausgeschifft hätten. Die Kanonade war an der rumänischen Grenze hörbar. Die bulgarische Bevölkerung flüchtete über die rumänische Grenze. Die rumänischen Behörden erhielten den Auftrag, sie freundlich zu empfangen.

Durch ein drahtloses Telegramm wurde der griechische Marineminister von dem Kommandanten der ägäischen Flotte benachrichtigt, daß sie nach vorausgegangener Ankündigung die Blockade der Häfen und der Küste der Insel Lemnos begonnen habe.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Organisation der Nationalliberalen Partei.

Nach dem soeben herausgegebenen Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei ist die Gesamtzahl der nationalliberalen Vereine von 940 im Jahre 1907 auf 1874 im Jahre 1912 gestiegen. Von den 1874 Vereinen sind 109 jungliberal. Für die Parteiorganisation sind insgesamt 57 Sekretäre tätig, zu denen noch die Beamten des Zentralbureaus kommen. Die nationalliberale Presse vertreten über 300 Zeitungen und Verbandsorgane. Parlamentarische Vertreter besitzt die Partei im Reichstage 44, in den Landtagen der Einzelstaaten 254. In der Zahl der nationalliberalen Vereine steht (von Gesamtpreußen abgesehen) das Großherzogtum Baden mit 223 Vereinen an der Spitze, dann folgen Westfalen mit 203, die Rheinprovinz mit 173, das Königreich Bayern rechts und links des Rheins mit 152, das Königreich Sachsen mit 150, Hannover mit 142 usw. Die Organisation der Partei erstreckt sich auf sämtliche Provinzen Preußens sowie auf alle Bundesstaaten, Nur das Reichsland Elsaß-Lothringen ist noch mit keinem Verein vertreten, obgleich die Partei auch hier starken Boden hat.

Ein jungliberaler Parteitag.

Am Sonnabend und Sonntag tagten die Jungliberalen in Frankfurt a. M. Über Liberalismus und Sozialismus referierte der Privatdozent Dr. Stillich-Berlin. Er betonte, daß Sozialismus und Liberalismus zwei völlig verschiedene Weltanschauungen seien. Dann sang er den Schutzzöllen ein Loblied, die nicht eine Beschränkung des liberalen Gedankens seien, sondern lediglich einen Ausgleich bedeuten, der geschaffen werden müsse, um den realen Tatsachen des Lebens Rechnung zu tragen. Über Fragen der Weltanschauung lasse sich keine Einigkeit erzielen. — Dr. Lütke-Solingen erörterte die Frage, wieweit Sozialdemokratie und liberale Parteien im praktischen Leben zusammengehen können. Er stellte den Grundsatz auf, daß eine Partei nie sagen könne, sie unterstütze die Sozialdemokratie niemals. Alle Parteien haben schon mit der Sozialdemokratie Bündnisse abgeschlossen. Redner hoffte, daß der Sozialdemokratie Abbruch getan werden könne durch den Imperialismus, aber nicht durch den Chauvinismus.

Damit hatte die Tagesordnung ihr Ende erreicht.

Spitzel auf den Plan!

Die „Konservative Correspondenz" beschäftigt sich mit den am Sonntag stattgefundenen Demonstrationen gegen die Wahlentrechtung, die Teuerung und die Kriegsgefahr. Der Protest gegen die Volksentrechtung und das Volkselend macht dem konservativen Blatte keine Sorge: Unendlich viel interessanter, unendlich viel lehrreicher würden die Erörterungen sein über den Balkankrieg und dessen etwaige Folgeerscheinungen. Hier hält es das Blatt für notwendig, Vorsorge für etwaige Denunziationen der Redner zu treffen. Es schreibt:

„Es wird hier fürs erste die Aufgabe der bürgerlichen Berichterstattung sein, die aller Voraussicht nach wiederkehrenden landesverräterischen Aufreizungen und Drohungen, die man bei derartigen Gelegenheiten aus dem Munde der vaterlandslosen Umsturzapostel noch stets zu hören bekommen hat, recht sorgfältig und genau zu registrieren. . . . Zur Kennzeichnung dessen, wessen man sich von der landesverräterischen Revolutionspartei unter Umständen zu versehen hat, wird die ennoncierte Massenaufreizung von der größten Bedeutung sein. Es wird die ernsteste Beachtung verdienen, sollte etwa das Wort, daß das sozialdemokratische Parteivorstandsmitglied, der friedfertige Herr Haase auf dem jüngst stattgehabten Parteitage in Chemnitz in den Mund zu nehmen wagte, daß man die Proletarier zwar zwingen könne, in den Krieg zu ziehen, daß man sie aber nicht zwingen könne, dies mit Hingabe und Begeisterung zu tun — sollte dies Wort in Treptow etwa einem dem Milieu und dem Zweck der Kundgebung entsprechenden Kommentar erfahren. Sollte sich dort, was mit Sicherheit anzunehmen ist, der versammelte Berliner Umsturz in Drohungen, wenngleich in versteckten Drohungen, im Sinne der Störung einer (von der Sozialdemokratie stets geflissentlich an die Wand gemalten) Mobilmachung gefallen, so könnte das nur als ein im wahrsten Sinne des Wortes hochverräterisches Unterfangen bezeichnet und bewertet werden, dem für die Zukunft vorzubeugen die vordringliche Pflicht aller verantwortlichen Faktoren wäre.

Unter allen Umständen verdient die neue Exerzierübung der Revolutionspartei die ernsteste Beachtung aller, die es angeht. Denn daß die Sozialdemokratie, wenn ihr weiter freie Bahn gelassen wird, die größte Gefahr für des Reiches Zukunft bedeutet, steht für alle Sehenden außer Zweifel."

Es entspricht ganz der junkerlich agrarischen Denkweise, mit Hilfe eines kleinen Hochverratsprozesses gesetzliche Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu fördern. Das alte Rezept wurde schon in der Puttkammer-Bismarck-Ära angewandt, und die junkerlichen Herrschaften haben seitdem nichts gelernt und nichts vergessen, halten dies Rezept auch heute noch für am wirksamsten. Die Sozialdemokratie freilich wird ihnen einen Strich durch die schöne Rechnung machen.

Teuerungszulagen in Sachsen.

Das sächsische Finanzministerium hat wegen der anhaltenden Teuerung die Akkordsätze für die Arbeiter der sächsischen Staatsbahnverwaltung um 4 Prozent erhöht. Wer also wöchentlich 20 Mk. verdient, erhält eine Zulage von 80 Pfg. pro Woche! Auch die Löhne der Schirrmeister und ihrer Gehilfen sind erhöht worden; vermutlich in dem gleichen Verhältnis wie die der Arbeiter. Daß solche Lohnerhöhungen nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein sind, wird der sächsischen Regierung im Landtage von den Sozialdemokraten gesagt werden.

Das preußische Dreiklassenparlament

beginnt heute wieder seine Arbeiten. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe Petitionen, darunter Petitionen um Einführung des Gemeindewahlrechts für die Frauen und um Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs.

Das Petroleummonopol.

Wegen der von der Regierung beabsichtigten Einführung eines Handelsmonopols für Petroleum ist unter den Interessenten ein lebhafter Streit entbrannt. Der Verband deutscher Petroleum-Interessenten hat an den Schatzsekretär folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Verband deutscher Petroleum-Interessenten hat in seiner gestrigen Vorstandssitzung mit lebhafter Befriedigung Kenntnis genommen von dem beabsichtigten Eingreifen der Reichsregierung in die unhaltbaren Zustände, die das rücksichtslose Vorgehen der Standard Oil Company hervorgerufen hat. Der Verband hofft, daß der Wortlaut des Gesetzentwurfs noch mehr als die bisherigen Veröffentlichungen zeigen wird, daß die Interessen des noch unabhängigen Zwischenhandels voll berücksichtigt worden sind."

Die Deutsche Vertriebsgesellschaft der Standard Oil Compagny, die in Hamburg domizilierende Deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft, hat den Mitgliedern des Reichstages eine Broschüre zugehen lassen, in der sie über die Absichten der Regierung Spott und Hohn ausgießt. Insbesonder wird behauptet, die deutsche Regierung habe nicht die erforderlichen Petroleummengen an der Hand, um den Konsum befriedigen zu können. Die Standard Oil Compagny denke nicht daran, der Regierung Petroleum zu liefern, falls der Nachfrage nicht genügt werden könne. Das Reichsschatzamt habe Bankiers und Redakteure als Sachverständige gehört, nicht aber Fachleute. Die Regierung rechne mit einem Preis von 21 Pfg. pro Liter gegenüber 15¾ Pfg., zu denen die Amerikaner seither geliefert haben. Das bedeute eine Mehrbelastung der deutschen Verbraucher um 50 Millionen Mark pro Jahr.

Diese Angaben tragen offensichtlich den Stempel der Uebertreibung an der Stirn, wenn man der Standard Oil Compagny auch glauben darf, daß sie alles daran setzen wird, das beabsichtigte Monopol zu hintertreiben. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung" tritt auch bereits der Behauptung entgegen, daß die Regierung mit einem Detailpreis von 21 Pfg. pro Liter rechne. Das Regierungsblatt bedauert den Streit der beiden deutschen Bankgruppen und hofft, daß die Differenzen noch in letzter Stunde beseitigt werden können.

Auf die Frage, was mit den Gewinnen geschehen solle, den die Gesellschaft über den zulässigen Verdienst erzielt hat, antwortet die „Nordd. Allgem. Ztg.":

„Diese Mehrgewinne sollen zunächst einem Preisausgleichsfonds zufließen, der dazu bestimmt ist, für den Fall hoher Einkaufspreise der Gesellschaft eine Reserve zu bieten. Hat dieser Preisausgleichsfonds aber eine bestimmte Höhe erreicht, so ist die Gesellschaft durch das Gesetz verpflichtet, in einem Jahre etwa gewonnene Mehrerträge im nächsten Jahr zur Herabsetzung des Literpreises zu verwenden."

Ueber die Verwendung der Gewinne des Reiches wird mitgeteilt, daß die in dieser Hinsicht beabsichtigten gesetzgeberischen Maßnahmen den Reichstag zugleich mit dem Mineralölgesetzentwurf beschäftigen werden. Die Verbindung dieser gesetzlichen Maßnahmen geschehe nicht, wie mehrfach behauptet worden sei, um „einen unschmackhaften Gesetzentwurf schmackhafter zu machen", sondern sie ergebe sich folgerichtig aus der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung, wonach die Verbesserung der allgemeinen Finanzlage nach übereinstimmendem Beschluß von Bundesrat und Reichstag einer Besitzsteuer vorbehalten bleiben solle.

Der ganze Plan hat durch die neuerlichen Darlegungen der Regierung an Klarheit nicht gewonnen. Die dem Reich zufließenden Gewinne sollen zu sozialpolitischen Zwecken verwendet werden. Schön; man kann aber doch die dadurch entstehenden Ausgaben nicht auf Einnahmen stützen, die völlig in der Luft schweben. Schließlich würde man, um überhaupt Einnahmen zu bekommen, doch auf den Gedanken verfallen können, eine besondere Abgabe auf das Petroleum zu legen und wenn es auch nur ein Pfennig pro Liter wäre. Auf diese Weise könnte man die Lasten der neuen sozialpolitischen Maßnahmen, über die Stillschweigen bewahrt wird, auf die bequemste Weise gerade den Aermsten der Armen aufbürden. Zu einem abschließenden Urteil wird man nicht eher gelangen, als bis die gesamten Vorlagen in ihrem Wortlaut der Oeffentlichkeit unterbreitet werden.

Österreich-Ungarn.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schlinger ist gestorben.

Fort mit der Teurung, Krieg dem Kriege,

lautete gestern abend die Parole für die Lübecker Arbeiterschaft. Schon von 7 Uhr an strömten die Massen nach dem Gewerkschaftshause, um sich einen Platz zu sichern. Und obgleich alle Tische aus dem großen Saal entfernt waren, so waren Saal und Galerien doch bis auf den letzten Platz besetzt. Um 8¾ Uhr eröffnete der Vorsitzende Genosse Paul Löwigt die Versammlung. Zu der Tagesordnung: Teurungsnot, Kriegsnot, Volksnot! sprach zunächst die Genossin Clara Weyl-Berlin. Sie wies zunächst darauf hin, daß es hier nicht die erste Versammlung ist, die sich mit der Teurung beschäftigen mußte. Die Lebensmittelpreise sind bis zu 33 Prozent gestiegen, während die Löhne um höchstens 10 Prozent in die Höhe gegangen sind. Trotz dieser Verschlechterung steigen Steuern und Abgaben. Vater Staat richtet sich eben nach der Lohnliste und nicht nach der Lebenslage. Die Rednerin erörterte dann eingehend die infolge der Unterernährung verursachten Volksseuchen und die Säuglingssterblichkeit. Die Heilstätten seien überfüllt. Geschwächte Mütter können keine kräftigen Kinder zur Welt bringen. Die hohen Lebensmittelpreise seien die Ursache, daß so viele Kinder im zartesten Alter dem Totengräber überantwortet werden müssen und daß tausende andere schon frühzeitig dem Siechtum verfallen. In Berlin wurden bereits vor 2 Jahren 14 000 Kinder gezählt, die keine warmen Mahlzeiten bekamen. Genossin Weyl schilderte dann in bewegten Worten die tieftraurigen Vorgänge an den Berliner Freibanken, wo tausende — darunter Frauen und Kinder — sich eine Nacht um die Ohren schlugen, lediglich um einmal ein Stück minderwertiges Fleisch in den Topf zu bekommen. Während um die gleiche Zeit arme Teufel und Dienstmädchen für ein paar lumpige Groschen für die Creme des Berliner Protzentums vor dem Opernhaus die Nächte hindurch warten mußten, um Eintrittskarten zu den Caruso-Vorstellungen zu bekommen. Eine Illustration der Not sei das Aufblühen der Pferdeschlächtereien, die doch die abgetriebensten Tiere verarbeiten. Doch auch Pferdefleisch sei erheblich im Preise gestiegen. Und an den Grenzen mache die Bevölkerung stundenlange Wege, um sich Fleisch von jenseits der Grenze zu holen, weil es dort um die Hälfte billiger sei. Woher kommen nun die hohen Lebensmittelpreise? Hauptsächlich sind sie eine Folge der agrarischen Wirtschaftspolitik, auf die unsere ganzen Regierungsmaßnahmen zugeschnitten seien. Vor allem durch die Zölle und durch die Grenzsperren. Infolge schikanöser Einfuhrbestimmungen ist es —soweit überhaupt dazu eine Möglichkeit vorliegt — nur möglich, Vieh einzuführen, wenn ganz enorm hohe Spesen gezahlt werden. Für ein Rind aus Dänemark müsse an Transport-, Futter- und Beaufsichtigungskosten 120—150 Mark gezahlt werden. Das ausländische Fleisch soll nicht herein, angeblich um das heimische Vieh nicht zu verseuchen, in Wirklichkeit um die agrarischen Geldbeutel zu füllen. Den Junkern wurde ferner noch eine Liebesgabe bei der Branntweinsteuer gegeben. Aus dem Grunde sollte der Schnapsgenuß bis zum äußersten eingeschränkt werden. Und außerdem wird den Junkern weiter geholfen durch die famosen Ausfuhrprämien. Dadurch wird unser guter deutscher Roggen so billig an den russischen Bauern geliefert, daß dieser seine Schweine damit füttern kann. Dabei profitiert die Regierung garnichts. Wozu braucht überhaupt die Regierung das Geld aus Zöllen und indirekten Steuern? Sie braucht es zu Rüstungszwecken. Die Arbeiterfrauen müssen also erst die Rekruten liefern, ihre Söhne hingeben, um sie drillen zu lassen und dann müssen sie noch zahlen und von den indirekten Steuern die Armee unterhalten. Und da sollten die Frauen nicht mitraten und sich um die Politik kümmern? Nun, verehrte Anwesende! Wenn wir Frauen nicht wählen können, so können wir wühlen. Wir müssen uns darum kümmern, wie unser Mann wählt und wir können auch unsere Söhne beeinflussen. Was hat nun die Regierung getan, um den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Schritte zur Linderung der Not zu unternehmen, nachzukommen. Sie hat zunächst Pferdedärmen, die zur Wurst verarbeitet werden, Zollfreiheit gewährt. Dann hat die Regierung die russische und österreichische Grenze für die Schweineeinfuhr bedingungsweise geöffnet. Aber das ist auch eine weiße Salbe. Die Balkanstaaten, die im Kriege stehen, haben selbstverständlich die Ausfuhr von Lebensmitteln sofort verboten. So sind wir also nur auf Rußland, Holland und Skandinavien angewiesen. Betreffs des Gefrierfleisches werden die veterinärpolizeilichen Bestimmungen nicht geändert. Der Landwirtschaftsminister hat gesagt, der betreffende ominöse § 12 falle nur mit seiner Person. Das ist auch sehr bezeichnend, nachdem man kürzlich in Berlin neun Monate altes Gefrierfleisch von magistratswegen zubereitet und es im Geschmack dem frischen Fleisch gleich befunden hat. Es geht aber nicht an, daß, wenn die Bestimmungen des § 12 erfüllt werden und Herz, Niere und Lungen noch am gefrorenen Tierkörper gelassen wird, der überseeische Transport möglich ist, denn das Fleisch würde in Fäulnis versetzt werden. In andern Ländern geht es auch ohne den § 12. Und das Gefrierfleisch mundet dort köstlich. England konsumiert zur Hälfte argentinisches und australisches Gefrierfleisch und das Volk befindet sich sehr wohl dabei. Es könnte also auch unserm Magen nicht schaden, obwohl wir es nicht für 30 Pfg. pro Pfund kaufen können, weil allein mehr Zoll bei uns bezahlt werden muß. Unsere Regierung wird angst und bange davor, daß sich das arme Volk wieder einmal sattessen könnte. Die Stadt Berlin wollte russisches Schweinefleisch für 50 Pfg. und Rindfleisch für 58 Pfg. beschaffen. Die Regierung machte aber erschwerende Bestimmungen, die eine Verteuerung zur Folge haben. Außerdem hat der Seefischverkauf in Berlin recht gut eingeschlagen, wie das auch von Lübeck konstatiert werden könne. Diese Eingriffe der Gemeindeverwaltungen in die Fleischversorgung sind auch ein Stück Verwirklichung unserer kommunalpolitischen Forderungen. Ob sie durchgreifend helfen können, muß die Zeit lehren. Es ist zu wenig, was geboten wird. Rednerin geht dann auf die Schrecken der Heimarbeit ein, die eine besondere Förderung des Kinderelends zur Folge habe. Im zartesten Alter würden die Arbeiterkinder mit ins Joch gespannt. Und diejenigen, die beispielsweise die Tiroler Hütekinder nach Württemberg bringen, sind die Pfaffen. So setzen diese das Wort: Lasset die Kindlein zu mir kommen, in die Tat um. Die Herren Pfarrer brauchten sich freilich nicht darum zu kümmern, wo ihr täglich Brot herkomme. Wenn es da nicht reicht, so gebe es Gehaltszulage. Nun sagen ja die Herrschenden, wir sollen uns nicht immer als diejenigen aufspielen, die das arbeitende Volk vertreten. Es seien ja nur 34 Prozent der Wähler Sozialdemokraten, demgegenüber müßten wir eben dafür sorgen, daß der Prozentsatz sich bald verdoppelt. Bis zum Sturze der kapitalistischen Entwickelung hätten wir noch einen weiten Weg zu machen. Aber gerade deshalb müßten wir unermüd-

lich im Kleinkampf sein. Zunächst müssen wir dafür sorgen, daß man die Frauen mitzählt. Die Arbeiterfrauen müßten sich alle in die sozialdemokratische Partei aufnehmen lassen. Dort würden sie mitgezählt. Die Regierungspolitik sorge dafür, daß dies immer mehr geschieht. Und wenn der deutsche Kaiser wieder einmal fordere, daß die Frau keine Politik treiben soll, so müsse man darauf hinweisen, daß die Frauen durch die Verhältnisse gezwungen werden, Politik zu treiben. Es sei die Pflicht der Arbeiterfrau, sich der politischen Bewegung anzuschließen und ihre Kinder im sozialdemokratischen Sinne zu erziehen. Dazu zwingt sie die graue Not. Die Arbeiterfrauen, die den Kindern das Brot mit verdienen müssen, würden von Industrie und Landwirtschaft mit zur Ausbeutung gepreßt. Und wenn das Genußfleisch noch so teuer ist, es ist nichts so billig als Proletarierfleisch und vor allem das Fleisch der Arbeiterfrauen. Die Agrarier sorgten dafür, daß ihre Pferde gut gepflegt werden, die Fabrikanten, daß die Maschinen gut geölt und geputzt werden, aber ob die Proletarier sich pflegen und ausreichend ernähren können, um die verbrauchten Kräfte wieder herzustellen, darum kümmert man sich nicht. Und da sollten die Frauen noch abseits vom politischen Kampfe stehen, wo sie selbst mit ihren Lebenskräften herhalten müssen. Nein und dreimal nein. Auch die Frau müsse Schulter an Schulter mit den Männern in den Arbeiterorganisationen kämpfen, um sich endlich die politische Gleichberechtigung zu erzwingen. Der Kaiser hat s. Zt. in Königsberg sich selbst als ein Instrument des Himmels bezeichnet. Da vor Gott alle Menschen gleich sind, so sind zweifellos auch die Sozialdemokraten Instrumente des Himmels. Und sie bilden, wenn man den Gedanken weiter verfolgt, ein großes Orchester, in dem auch die Frauen mitspielen. Wenn dieses Orchester einmal ein Konzert veranstaltet, so kann es dabei Akkorde anschlagen, daß denen oben Hören und Sehen vergehen wird. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf nahm das Wort der Genosse William Bromme: Er führte folgendes aus: Soweit politische Zeitungen gelesen werden, würde man in der letzten Zeit oft auf das Wort Imperialismus stoßen. Viele wissen nicht, was sie sich darunter vorstellen sollen. Man muß aber gestehen: den Völkern Europas wird jetzt mit Faustschlägen eingehämmert, was Imperialismus ist. Nachdem wir 4 Jahrzehnte Frieden hinter uns haben, in denen die wirtschaftliche Entwicklung wie mit Zauberkräften gearbeitet, kommen wir jetzt aus der Kriegsgefahr nicht mehr heraus. Die Kriegsfurie, die jahrelang an der Peripherie der kapitalistischen Kultur getobt hat, in Ostasien, Südafrika, Zentralamerika usw. ist jetzt immer näher an das Zentrum der kapitalistischen Welt herangerückt und führt dort immer schnellere und immer wuchtigere Schläge. Der Balkankrieg ist entfesselt. Schon sausen dort die totbringenden Geschosse durch die Luft. Schon mähen die Maschinengewehre die Garben des Todes. Schon zerstören Schrapnells und Granaten in furchtbarem Zündschlag Menschenleben und Menschenfleiß. Bald werden wir hören von Typhus und Cholera, von Mangel an Verbandsstoffen und Mangel an Aerzten, von Hungersnot, Elend und Verzweiflung. Tausende von Müttern, Frauen und Kindern werden des Ernährers beraubt. Aber so furchtbar auch die Schrecken sind, noch schrecklichere Gefahr droht. Das deutsche Volk — ausgenommen die aufgeklärten Arbeiter — ist sich noch gar nicht bewußt, daß wir an der Schwelle des Weltkrieges stehen. Man beruhigt sich bei dem Versprechen der bürgerlichen Presse, die Großmächte werden den Krieg lokalisieren, d. h. werden dafür sorgen, daß er nicht über den Balkan hinausgreift. Wird das aber möglich sein? Der Balkankrieg hat begonnen mit einer Verhöhnung der Großmächte. Ihre Diplomatisiererei ist dort unten elend zu schanden geworden. Man sprach ja allerdings von den „friedfertigsten Absichten" der Mächte, vom besten Einvernehmen und einer bevorstehenden Friedenskonferenz. Allein am friedfertigsten geberdeten sich jene Diplomaten in der Oeffentlichkeit, die im geheimen intrigiert und den schwelenden Brand geschürt haben. Zunächst hat man ja den Kriegführenden wissen lassen, daß selbst, wenn sie siegen, eine Aenderung der territorialen Besitzverhältnisse nicht eintreten dürfe. Demgegenüber muß aber zugegeben werden, daß die Verhältnisse in den Balkanstaaten tieftraurige sind, daß die ärmere Bevölkerung ein Hundeleben führt. Der junge Kapitalismus dort drängt mit Gewalt nach außen. Er drückte gewissermaßen den Ferdinand und Peter den Schießprügel in die Hand. Das gelte namentlich für Serbien. Serbien habe Ueberfluß an Schweinen, Pflaumen, Mais und Weizen. Aber es könne diese Produkte nicht zu realen Preisen an den Mann bringen, weil die österreichischen Zölle die serbischen Waren absperren. Serbien kämpfe jetzt auf Tod und Leben, weil es einen Zugang zum Meer haben muß, um sich wirtschaftlich entwickeln zu können. In Bulgarien gebe es ähnliche Verhältnisse. Dieses ziehe hauptsächlich wegen der Bedrückung der christlichen bulgarischen Bauern durch die türkischen Großgrundbesitzer in Mazedonien in den Krieg. Eine Stellungnahme zugunsten des Balkanbundes sei ebenfalls ausgeschlossen. Selbst wenn die Türkei die empfindlichste Niederlage erleiden würde, gebe es keinen dauernden Frieden auf dem Balkan. Sehe man sich nur die Zusammensetzung der drei Millionen Einwohner des vielumstrittenen Mazedonien an. Eine bulgarische Herrschaft wird auf fast genau den gleichen Widerwillen stoßen wie jetzt die Türkenherrschaft. Nach monatelangem Krieg wird die Balkanfrage nicht anders liegen als heute. Nur daß inzwischen alle Völker schwere Verluste erlitten haben, Handel und Produktion gestört ist und die Bedrohung des Völkerfriedens durch den kapitalistischen Imperialismus für die Dauer noch ernster wird. Das ist ja eben das ernste, daß auf dem Balkan die Rivalitäten der Großmächte alle feindlich aufeinanderstoßen. Seit hundert Jahren standen wir einst vor solch schweren Gefahren wie heute. Aber wer hat das Feuer angelegt? Die Brandstifter sitzen entweder in Petersburg oder in London, oder auch an beiden Orten.* Es ist, möchte man sagen, zum erstenmal seit 1791 der Russenpolitik gelungen, ganz Europa gegen die Türkei auszuspielen. Rußland hat aus Eifersüchtelei gegen Oesterreich, dem es die Annexion von Bosnien und der Herzegowina noch heute nicht verzeihen kann, die Bildung des Balkanvierbundes gefördert. Mit dem Instinkt des Hasses verfolgt Rußland jede Bewegung Oesterreichs. Seit 1875 hat Rußland mit Geld und Intrige auf dem Balkan gewühlt. Oesterreich will nicht dulden, daß der an sich armselige Sandschak Novibazar (ein türkischer Landstrich mit serbischer Bevölkerung zwischen Serbien und Bosnien, durch den Oesterreich direkt an die Türkei grenzt) von Serben besetzt wird, sondern droht — falls das geschieht — sofort einzumarschieren, in der ferneren Sehnsucht nach Saloniki natürlich. Rußland hat diesen Anlaß benutzt, Probemobilmachungen vorzunehmen und das ausgerechnet an der österreichischen Grenze. Von diesen beiden Rivalen droht also die Hauptgefahr für den Weltbrand, denn marschiert Oesterreich, so ist Deutschland als Bundesgenosse in Mitleidenschaft, und marschiert Rußland, ist Frankreich Bundesbruder. Auch, daß der Gegensatz zwischen England und Deutschland, diesen beiden Ringern um die Meisterschaft auf den Weltmarkt sogar in den Balkanwirren zum Ausdruck kommt, ist recht bezeichnend für den Ernst der Lage. England hat auch sein Teil zum Ausbruch des Krieges beigetragen, indem es die Türkei heimlich stützte, natürlich um in Aegypten und Arabien desto ungestörter sein Schäfchen ins Trockene zu bringen. Aus dem Grunde würde England die Schwächung der Türkei willkommen sei. So muß sich diesmal der Weltfriede also nur auf Deutschland und Frankreich stützen, die beide ausschließlich wirtschaftliche Interessen auf dem Balkan haben. Man könnte erleichtert aufatmen, wenn man nicht wüßte, daß gerade diese beiden großen Staaten im Herzen Europas seit vier Jahrzehnten miteinander heftig verfeindet wären. Redner zeigt, daß lediglich noch die Internationale der Arbeit die beste Gewähr für den Frieden bietet. Und daß aus dem Grunde die deutsche Arbeiterschaft auf den Plan tritt, um der Regierung wissen zu lassen, daß sie ebenso wie unsere Genossen in Oesterreich-Ungarn, alles aufbieten wird, um eine Einmischung in den Balkankonflikt zu verhindern. Dann weist Genosse Bromme darauf hin, daß seit dem Kriegsausbruch auch in Deutschland die Getreidepreise rapid gestiegen sind und daß die Agrarier trotz der ernsthaften Situation Deutschland vom einheimischen Getreide entblößen. Das sei eine direkte Gefahr für das Volk. Weiter erwähnt Redner die rapiden Kursstürze an der Börse, die trotz der „Einigkeit der Mächte" erfolgten, und brandmarkt die Treibereien des Wehr- und Flottenvereins, die schon wieder rüsten wollten. Die bürgerliche Presse erhebe ein Wutgeheul gegen die Friedenskundgebungen der Arbeiterschaft. Das war die Sprache der Kriegshetzer. Die Herren haben sich selbst entlarvt. Nunmehr erkennen die Arbeiter erst recht den Ernst der Stunde. Nunmehr wissen wir, daß wir allen Anlaß haben, auf dem Posten zu sein, und die Augen offen zu halten, um dem frivolen Treiben der Prozentpatrioten einen Riegel vorzuschieben. Wir wollen den Frieden und fordern von der Regierung die unbedingte Wahrung der Neutralität und die absolute Nichteinmischung, wie auch immer die Ereignisse verlaufen mögen. Wir sind entschlossen alle Mittel, über die wir verfügen, für die Aufrechterhaltung des Friedens einzusetzen. Krieg dem Kriege! ist unsere Parole bis der Völkerfrieden endgültig gesichert ist!! (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion forderte die Genossin Schlomer zum Abonnement der „Gleichheit" und des „Lübecker Volksboten" und zum Eintritt in den sozialdemokratischen Verein auf. Dann wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

Die Versammelten erklären: Die gegenwärtige Teurung aller Gebrauchsartikel, besonders die der notwendigen Lebensmittel, ist für die minderbemittelten Volksschichten unerträglich geworden. Die Volksgesundheit ist auf das schwerste gefährdet. Die Hausfrauen können mit ihrem Wirtschaftsgeld nicht mehr auskommen. Die Kinder müssen hungern, Männer und Frauen erleiden durch Unterernährung schwerste Schädigungen. Die Säuglingssterblichkeit nimmt zu. Die Versammelten verlangen deshalb im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt, im Namen ihrer Familien, vor allem im Namen ihrer hungernden Kinder, daß die Regierung und die Gemeinden unverzüglich Maßnahmen treffen, die notwendig sind zur Linderung der schlimmsten Notlage. Die Versammelten fordern insbesondere: 1. Von der Regierung: Die Öffnung der Grenzen für die dauernde Einfuhr von Vieh und Fleisch, insbesondere auch von Gefrierfleisch. Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel. Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine. 2. Von der Gemeindeverwaltung: Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, besonders mit Fleisch, möglichst zum Selbstkostenpreis. Die Versammelten versprechen, daß sie mit verstärkter Kraft am Ausbau der politischen Organisation arbeiten wollen, da sie in der zunehmenden Macht und Stärke der Sozialdemokratie das einzige Mittel sehen, der volksausplündernden Zoll- und Steuerpolitik ein Ende zu machen, der Not und Ausbeutung des arbeitenden Volkes entgegenzuwirken und sie schließlich durch die Verwirklichung des Sozialismus zu beseitigen.

Gegen den Krieg wendet sich folgende Kundgebung:

„Die Versammelten nehmen zur Kenntnis, daß das Gespenst des Weltkrieges die Menschheit wieder bedroht. Sie erkennen die Gefahr jedoch nicht in den Vorgängen auf dem Balkan selbst, sondern in dem Bestreben der kapitalistischen Regierungen, aus jeder Veränderung in der Lage der Türkei Vorteile zu ziehen. Die Arbeiterklasse protestiert gegen jede Einmischung der Großmächte in die Balkanhändel; ebenso gegen jedes Parteinehmen für die Balkanregierungen wie für die Türkei, die mit Feuer und Schwert die Bauern der Balkanhalbinsel in Knechtung hielt. Die Arbeiterklasse protestiert gegen solche Einmischung, zu welchem Zwecke sie auch erfolge, weil sie zu einem Kriege unter den Großmächten führen kann, der vor allem ein Krieg zwischen den Proletariern wäre, die durch gemeinsame Interessen und Ziele aufs innigste verbunden sind. Der Gefahr eines solchen Bruderkrieges geloben die Versammelten unermüdlich durch Verstärkung aller ihrer Machtmittel, in erster Linie ihrer Organisationen und ihrer Presse, wenn nötig durch gemeinsame internationale Aktion unter der Losung: Krieg dem Kriege, zu begegnen.

Hierauf schloß Genosse Löwigt die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die friedenswillige internationale Sozialdemokratie.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 22. Oktober.

Achtung, Privatangestellte! Morgen, Mittwoch, abends 8½ Uhr, findet im Lokale „Flora" eine große öffentliche Versammlung statt, die von unseren Gegnern im Hauptausschuß einberufen wurde. Wir werden uns mit Rednern an dieser Versammlung beteiligen und ersuchen wir alle Freunde unserer Sache, vollzählig zu erscheinen.

Die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten.

Die Vorschlagslisten für die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner der Angestelltenversicherung werden heute amtlich bekannt gegeben. Danach sind von Seiten der Versicherten neun verschiedene Vorschläge eingereicht worden. Die „Freie Vereinigung", bestehend aus folgenden Verbänden: 1. Zentralverband der Bureauangestellten Deutschlands, 2. Bund der Technisch-industriellen Beamten, 3. Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands, 4. Zentralverband der Lagerhalter, reichte folgende Liste ein: Vertrauensmänner: 1. Fritz Mehrlein, Arbeiter-Sekretär, Lübeck, Steinrader Weg 26, 2. Jürgen Claußen, Bureaubeamter, Lübeck, Schwartauer Allee 17a, 3. Julius Odenthal, Handlungsgehilfe, Lübeck, Hüxstraße 79. Ersatzmänner: 1. Heinrich Liebst, Bureaugehilfe, Lübeck, Prießstraße 14, II, 2. Karl Neugebauer, Krankenkassenbeamter, Lübeck, Kottwitzstraße 43, 3. Johannes Christiansen, Maschinentechniker, Lübeck, Lilienstraße 11, 4. Georg Krause, Bureaubeamter, Lübeck, Marktstraße 9b, 5. August Haut, Lagerhalter Moisling, 6. Karl Kiesewetter, Handlungsgehilfe, Lübeck, Hansastraße 48. Für die wirklich fortschrittlichen Privatangestellten kommt ausschließlich diese Liste, die als Vorschlagsliste A bezeichnet wird, in Betracht. Die Vorschlagslisten B—H sind miteinander verbunden worden; sie sind eingereicht von Leuten, welche die Mängel der Versicherung nicht erkannt haben und den Ausbau der Versicherung niemals wirksam fördern werden. Dann haben noch die versicherten Angestellten der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte eine Liste J eingereicht, die nicht mit den anderen Listen verbunden ist. Von den Arbeitgebern ist nur eine Vorschlagsliste eingegangen; deshalb gelten die darauf verzeichneten Personen als gewählt. Es sind dies: Vertrauensmänner: 1. Julius Reiber, Fabrikdirektor, Lübeck, Melanchthonstraße 1, 2. Hermann Gustav Stolterfoht, Kaufmann, Lübeck, Klingenberg 6, 3. Emil Friedrich Theodor Kruse, Kaufmann, Lübeck, Kaiser-Friedrich-Straße 9. Ersatzmänner: 1. Carl Alexander Emil Mette, Fabrikdirektor, Lübeck, Parkstraße 54. 2. Carl Heinrich Friedrich Wilhelm Kinkel, Kaufmann, Lübeck, Beckergrube 62, 3. Carl Julius Eisleben, Kaufmann, Lübeck, Braunstraße 30, 4. Carl Mittelstaedt, Regierungsbaumeister a. D., Lübeck, Mühlenstraße 48, 5. Otto Boysen, Domänenpächter, Hof Moisling, 6. Walter Lauenstein, Domänenpächter, Hof Schönböcken.

m. **Genossenschaftliche Eigenbrötelei in Eutin.** Von genossenschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Seit etwa fünf Jahren unterhält der Konsumverein für Lübeck und Umgegend in Eutin eine Warenabgabestelle, die sich einer guten und stetigen Entwicklung erfreute und deren Umsatz bewies, daß auch die dortigen Mitglieder gewillt waren, treu zur Fahne zu halten. Nun hat sich im Laufe der Jahre mancher Konflikt zwischen dem dortigen Lagerhalter und der Verwaltung des Vereins herausgebildet und wurde schließlich, nachdem eine Privatklage des Lagerhalters zu dessen Ungunsten abgelaufen ist, demselben zum 1. Oktober d. J. ordnungsmäßig gekündigt. Dies gab den Mitgliedern in Eutin Veranlassung, für den dortigen Lagerhalter, einem in der Arbeiterbewegung hervorragend tätigen Genossen, Partei zu ergreifen. Trotzdem dem Beteiligten Gelegenheit gegeben war, gegen das Vorgehen der Verwaltung die maßgebenden Instanzen zur Vermittlung anzurufen, wurde hiervon kein Gebrauch gemacht, sondern die Sache in Mitgliederversammlungen recht einseitig behandelt. Die Folge war, daß die bestehende Spannung allmählich zum Konflikt führte zwischen der Leitung des Konsumvereins und einem Teil der Eutiner Mitglieder. Es wurde von einem Mitgliede des Genossenschaftsrates in Eutin dann die Parole ausgegeben: „Los von Lübeck". Trotzdem von der Lübecker Verwaltung sogleich Einspruch erhoben wurde, ging man nun an die Gründung eines eigenen Konsumvereins. Es fruchtete auch nichts, daß sowohl der Generalsekretär des Zentralverbandes der Konsumvereine als auch der Verbandssekretär des nordwestdeutschen Revisionsverbandes die in Hamburg bei ihnen vorstellig gewordenen Eutiner Genossenschafter auf die Folgen ihrer Zersplitterungsarbeit aufmerksam machten und ihnen von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine die Warenlieferung verweigert wurde. In Form einer offenen Handelsgesellschaft wurde die Neugründung des Konsumvereins am 17. Oktober beschlossen. Noch in letzter Stunde, in der konstituierenden Versammlung, wollten der Geschäftsführer Genosse Henze und der Redakteur des Genossenschaftlichen Volksblattes, Genosse Kasch, die Eutiner Eigenbrötler von dem bedauerlichen Schritt abhalten, doch ließ die Versammlung sie gar nicht erst zum Wort kommen und wies ihnen die Tür, ohne ihre Gründe gehört zu haben. War es den führenden Genossenschaftern nicht möglich, in dieser Versammlung zu Wort zu kommen, so wird in einer am Mittwoch, dem 23. Oktober, stattfindenden Versammlung nochmals versucht werden, das Unpraktische und Gefährliche des Handelns der Eutiner Genossen zu beleuchten. Und hoffentlich ist es noch nicht zu spät, die dortigen Genossen vor größerem Schaden, sowohl ideellem, als auch materiellem, zu bewahren. In den mecklenburgischen Orten werden wir von den Junkern und Mittelständlern fanatisch bekämpft; schon diese Waffenbrüderschaft sollte den Eutiner Konsumgenossenschaftern das Falsche ihres Handelns genügend vor Augen führen und sie zur Umkehr mahnen. Nur Einigkeit macht stark! Die große Zentral-Organisation ist das Ziel der gesamten Arbeiterbewegung, nicht lokale Eigenbrötelei! In der am Sonntag abgehaltenen Versammlung des Genossenschaftsrats wurden die Briefe und Schriften, die in dieser Angelegenheit ergangen sind, verlesen und allgemein der Standpunkt der Verwaltung gutgeheißen; die Gründe, die zur Kündigung des Lagerhalters führten, wurden als stichhaltig anerkannt und das Vorgehen der Eutiner bedauert. Allgemein bedauert wurde weiter, daß der Lagerhalter, dem der Zutritt zu dieser Sitzung freigestellt war, nicht von diesem Rechte Gebrauch machte. Der Monatsumsatz ist von etwa 19 000 Mk. auf 12 000 Mk. zurückgegangen. 260 Unterschriften sind für den neuen Verein gesammelt; unsere Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 372.

Öffentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat Septbr. 1912 27 Ochsen, 101 Bullen, 1732 Kühe und Starken, 264 fette Kälber, 444 nüchterne Kälber, 1 Lamm, 48 Ziegen, 2938 Schweine, 614 Schafe, 48 Pferde, zusammen 6217 Tiere gegen 6186 Tiere im Septbr. 1911. — Beanstandungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet: 1 Kuh wegen Pyaemie, 1 Kuh wegen Geschwülste, 1 Jungrind wegen Pyaemie, 1 Jungrind wegen Leukaemie. 2. Im Dampfdesinfektor gekocht: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 11 Schweine wegen Schweinepest, 6 Schweine wegen Rotlauf, 9 Schweine wegen Tuberkulose, 35/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 15/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibank verkauft: 3 Kühe wegen Tuberkulose, 2 Kühe wegen Wässerigkeit, 1 Kalb wegen Wässerigkeit, 3 Kälber wegen ungenügender Entwicklung, 1 Schaf wegen Wässerigkeit, ¼ Rindfleisch wegen Tuberkulose, ¾ Schweinefleisch wegen Tuberkulose. Außerdem wurden bei den übrigen geschlachteten Tieren verschiedene einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt. 1240 kg Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht. Hiervon wurde 1 Schwein wegen Schweineseuche beanstandet.

Aus der Haft entlassen wurde der Hafenarbeiter, der, wie gestern gemeldet, seine Frau durch einen Messerstich schwer verletzt haben soll. Wie uns von beteiligter Seite mitgeteilt wird, ist der Messerstich auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Den Mann soll kein Verschulden treffen. Die Frau befindet sich verhältnismäßig wohl.

Feuer in Mönckhagen. Ein größeres Feuer kam in dem benachbarten Dorfe Mönckhagen in der Nacht zum Sonntag zum Ausbruch. Es brannte zuerst ein Arbeiterkaten und die freiwillige Feuerwehr des Ortes war noch bei der Löscharbeit, als in der entfernt liegenden Gutsscheune Feuer emporloderte. Diese barg Getreide im Werte von 60 000 Mark und brannte vollständig nieder. Um das Viehhaus und die anderen Gebäude des Gutes zu retten, wurde die Lübecker Berufsfeuerwehr zu Hilfe gerufen. Die Ursache des Feuers ist in beiden Fällen wahrscheinlich Brandstiftung. Das Gut Mönckhagen ist vor kurzem erst in andern Besitz übergegangen und der neue Besitzer wird den gesamten Schaden für den Inhalt der Scheune zu tragen haben, da durch eigenes Verschulden die Versicherung noch nicht in Kraft war.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: „Der liebe Augustin", Leo Falls unterhaltende Operette, hat auch hier, wie vorauszusehen war, festen Fuß gefaßt. Die Nachfrage nach ihr steigert sich von Aufführung zu Aufführung, sodaß sich die Direktion gerne entschlossen hat, das Werk auch in dieser Woche wieder und zwar am Donnerstag zu bringen und damit zugleich dem auswärtigen Publikum den Besuch dieser Vorstellung zu ermöglichen. Am Freitag, dem 25., ist das erste der angekündigten zwei Gastspiele des dänischen Kammersängers Wilhelm

Herold vom National-Theater in Kopenhagen. In „Carmen" als José und am Sonntag, dem 27., in „Cavalleria rusticana" und „Bajazzo" als Turridu und Canio wird der berühmte Sänger, der auch schauspielerisch bedeutendes leistet, seine vollendete Kunst zeigen. Da der Gast hier schon gut bekannt und geschätzt ist, erübrigen sich noch besondere empfehlende Worte.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet umständehalber morgen Mittwoch von 5–8 Uhr nachmittag im Lokale des Herrn Pinkert, „Transvaal", statt.

Büssau. Volksversammlung. Am Sonntag, dem 20. d. M., sprach Genosse Schlomer vor gut besuchter Versammlung. In trefflicher Weise erörterte er die Gründe der Teuerung und geißelte die Abhängigkeit der Regierung von dem Junkertum. Jetzt aber werde die Not des Volkes noch gesteigert durch die Gefahr des Weltkrieges. Pflicht des Proletariats sei es, die Regierungen der Großmächte zu hindern, sich in die Balkanhändel zu mischen. In der Diskussion wurden von verschiedenen Rednern lokale Mißstände vorgebracht.

Eutin. Der Gemeinderat bewilligte für den Realschulneubau bis 330 000 Mark. Gewählt wurde der Entwurf des Architekten Bomhoff-Hamburg.

Hamburg. Theodor Bömelburgs Begräbnis. Montag mittag 12 Uhr fand in dem großen Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses eine große Trauerfeier statt. Der Saal war mit Lorbeeren und Palmen reich geschmückt. Die Leiche Bömelburgs war, von Kerzen umstrahlt, hinten im Saale aufgebahrt. Reichstagsabgeordneter Frohme hielt eine ergreifende Gedächtnisrede, in der er den lauteren Charakter und das unermüdliche Wirken Bömelburgs im Dienste der Arbeiterbewegung würdigte. Dann sprach im Namen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Genosse Bauer. Ihm folgte Genosse Fritz Ebert vom Parteivorstand, der in tiefempfundenen Worten daran erinnerte, welch guter Kamerad im Partei- wie im Gewerkschaftsleben Bömelburg jederzeit gewesen. Genosse Scheidemann überbrachte die letzten Grüße der Reichstagsfraktion. Nach dem Gesange des Liedes „Ein Sohn des Volkes", wurde unter Harmoniumklängen der Sarg geschlossen. Und dann ging es in langem, ernstem Zuge durch die von Proletariermassen umsäumten Straßen hinaus nach dem stillen, in den Farben des Herbstes prangenden Totenhain des Ohlsdorfer Friedhofs. Hier sprach am offenen Grabe Genosse Winnig, der noch einmal daran erinnerte, was die deutschen Bauarbeiter und die gesamte Arbeiterbewegung an Bömelburg verloren haben. Dann senkten sich, während Genosse Frohme einen letzten Nachruf sprach, die Fahnen über dem frischen Grabe. Blumenspenden, die aus allen Teilen des Reiches eingelaufen waren, wälzten sich über dem Hügel. Der Herbstabend war hereingebrochen, als die nach Tausenden zählende Trauergemeinde das Grab verließ, in dem einer der Besten der deutschen Arbeiterbewegung von seinem Lebenswerke ruht. Zahlreiche Parteiorganisationen aus ganz Deutschland, darunter auch Lübeck, hatten Deputationen gesandt. Unter den auswärtigen Trauergästen befand sich auch Dr. Erdmann, der Bömelburgs Nachfolger im Reichstage ist. Auf den meisten Bauten in Hamburg hat die Arbeit am Montag geruht.

Hamburg. „Eines Mannes Wort zur rechten Zeit". Wilhelm II. war am Sonntag in Hamburg, wo er der Einweihung der wiedererbauten St. Michaelskirche beiwohnte und nebenher den wegen Duellvergehens zu drei Monaten Gefängnis verurteilten Senator v. Berenberg-Goßler begnadigte. Die Festpredigt bei der Kircheneinweihung hielt der Hauptpastor Prof. Hunzinger, der seinen Worten den Vers 11 aus Römer 13 zugrunde legte: Die Stunde ist da, aufzustehen vom Schlaf. Die Predigt hatte einen starken politischen Einschlag und so gab ihr Wilhelm II. die Note: „Das war eines Mannes Wort zur rechten Zeit; möge es in der Folge Widerklang finden." Warten wir ab, welchen Widerklang der Geist der Revolution, an den Prof. Hunzinger appellierte, in Zukunft auslösen wird. Die Orthodoxen werden von den Ausführungen Hunzingers nicht sonderlich erbaut sein.

Hamburg. Die Bürgerschaft hat die Spezialberatung über den Rechnungshof zu Ende geführt und die Einrichtung dieser Institution im wesentlichen nach den Beschlüssen der Reformkomission genehmigt. Mit dem zweiten Teil der Verwaltungsreform, der die Einordnung des Gefängniswesens in die Justizverwaltung bezweckt, kam man nicht zu Ende. Der Bedenken waren hier so viele, daß man vorzog, die Sache vorerst einem Ausschuß zur Prüfung zu überweisen. Darauf wandte die Bürgerschaft ihr Interesse den Hamburger Theaterverhältnissen zu. Der Ausschußantrag, der den Senat um eine Vorlage zur Erbauung eines neuen großen Opernhauses ersucht, wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Das Wahrzeichen der Stadt Hamburg, der im Jahre 1906 abgebrannte Michaelisturm wurde am Sonnabend mit dem bei solchen Anlässen üblichen Gepränge neu eingeweiht. Der Senat der freien Republik glaubte es den Bürgern der Hansastadt schuldig zu sein, Wilhelm II. zu diesem Festakt einladen zu müssen. Für die Schulkinder wurde ganz unnötigerweise ein freier Tag verfügt. — Auch ein Zeichen der Teuerung. Die Hamburger Volksschullehrerschaft setzte in ihrer letzten Versammlung trotz der erst kürzlich erfolgten, allerdings gänzlich unzulänglichen Gehaltsregulierung eine Kommission ein, die die Gehaltsbewegung aufs neue in Fluß bringen soll. Der Referent wies besonders darauf hin, daß in keiner andern deutschen Haupt- und Großstadt das Verhältnis zwischen dem Endgehalt der Oberlehrer an den höheren Schulen und dem der Volksschullehrer so ungünstig für die letzteren ist, wie in den Hansastädten, und ganz besonders in Hamburg. Im Durchschnitt beträgt in den Großstädten Deutschlands das Endgehalt der Volksschullehrer 58 pCt. von dem der Oberlehrer; in Hamburg beträgt es nur 46 pCt.

Stade. Vergiftungsaffäre. In der Ortschaft Borstel sind, wie schon kurz gemeldet, zahlreiche Personen nach dem Genuß von Fleisch und gekochter Mettwurst unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Während die erste an die Oeffentlichkeit gelangte Meldung von 30 Erkrankungen sprach, soll es sich jetzt nach einer späteren Meldung um fast 100 Fälle handeln, jedoch sämtlich leichter Art. Am Sonnabend weilte der Kreisarzt Dr. Guttmann zur Untersuchung der Angelegenheit in Borstel. Fleisch- und Wurstvorrat des einheimischen Schlachtermeisters, von dem die erkrankten Leute ihr Fleisch und die Mettwurst bezogen, wurden beschlagnahmt und an die chemische Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalt in Geestemünde eingesandt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Am Sonnabend, 19. Oktober, starb plötzlich unser lieber Vater, Großvater u. Schwiegervater der Arbeiter

Friedr. Karberg

im 58. Lebensjahre. 4378

Tief betrauert von
F. Karberg nebst Braut.
Berta Karberg.
L. Bock und Frau, geb. Karberg.
H. Rehbein und Frau, geb. Karberg.

Lübeck, den 22. Oktober 1912.
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 2¼ Uhr von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Einige Maurer und Bauarbeiter gesucht.
H. Voss, Maurermstr.,
4387) **Stockelsdorf.**

Zu verkaufen ein **Herren-Wint.-Paletot** und **Grammophonplatten.**
4370) Menofstr. 4. pt. links.

Zu verkaufen **Angorakatze und Kater, Gehrock mit Weste** für m. K., **schw. Sammet-Jacket, w. Tibet-Boa.** (4373) Hansastraße 31.

Zu verkaufen **1 Unterbett mit Pfühl, 1 bl. Kostüm.** (4379
Schwartauer Allee 12 c, I.

Pferdedung abzugeben.
4381) Schmiedestraße 1.

Gefunden ein **Frettchen,** dicht bei Blankensee. Abzuholen (4371
Meidel, Elswigstr. 15.

Auswahl in
Tafeläpfel Pfd. von **15** Pfg. an.
Kochbirnen u. Aepfel Pfd. **10** Pf.
Kartoffeln v. Sandboden bill. (4385
Königstr. 48a u. Geiserstraße 4.

Kartoffeln.
Allerfeinste franz. Eierkartoffeln
Zentner 4.25 Mk.
allerfeinste gelbf. Magn. bonum
Zentner 2.75 Mk.
empfiehlt
K. Schumacher
4384) **Gerberstraße 21.**

J. Ramm
Schlutup
Manufaktur- und Schuhwaren.
Sämtl. Arbeiter-Garderoben.
Die bestens bekannten Mosbergschen Sachen für Maurer und Zimmerer zu Fabrikpreisen. (4347
Unterzeuge, Hüte und Mützen, Wäsche, Krawatten, Schirme und Stöcke, sowie alle einschlägigen Artikel.
Starke Arbeitsstiefel, Schaft- und Kniestiefel, beste Handarbeit.
Lager in Herren-, Damen- und Kinderstiefeln in allen Ledersorten.
Nur solide Fabrikate.
Eigene Reparatur-Werkstatt.
Anfertigung nach Maß.

Rheinperle Solo
Margarine, die Elitemarken der Branche, ersetzen
feinste Butter
In Geschmack, Aroma
und Bekömmlichkeit bester Butter
gleich, aber wesentlich billiger. — Ueberall erhältlich.
Allein. Fabrik.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen, G.m.b.H., Goch (Rhld.)
118

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 23. Oktober
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Kassenbericht.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
4389) **Die Ortsverwaltung.**

Verein selbst. Schuhmacher.
Versammlung
am Mittwoch, d. 23. Oktober
abends 8½ Uhr
im Gesellschaftshaus „Monopol".
Tages-Ordnung:
1. Tarifberatung.
2. Verschiedenes.
4374) **Der Vorstand.**

Gasthof
„Zum goldenen Stern"
Große Burgstraße 27.
Gr. Ausspielen von fetten Gänsen, Kapaunen, Tauben,
auf einem Zielbillard
am Mittwoch, dem 23. Oktober.
Anfang 10 Uhr vormittags.
Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
4369) **Karl Funk.**

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
178 **Uebernahme ganzer Beerdigungen.**
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1913
ist erschienen und seines reichhaltigen und guten Inhaltes wegen jedem unserer Leser sehr zu empfehlen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Express, Fortuna, Meteor
erstklassige Geschäfts- und Arbeiter-Räder, große Auswahl, spottbillige Preise. Laternen, Mäntel, Schläuche, Karbid, Pfd. 18 Pf.
Ia. Nähmaschinen. Reparaturen spottbillig. (4382
Kempke, Aegidienstraße, Ecke Königstraße.

„Malzmacolade?"
Unentgeltlicher Vortrag
am Mittwoch, dem 23. Oktober 1912
4375) abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Näheres Anschlagsäulen!

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.
Bezirks-Versammlung
für das
Holstentor Süd
am Donnerstag, 24. Oktober
abends 8½ Uhr
in der „Flora".
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Genossenschaftsrat.
2. Wahl eines Genossenschaftsratsmitgliedes.
3. Bericht vom Genossenschaftstag.
4. Verschiedenes.
4386) **Der Vorstand.**

Schwartau-Rensefeld.
Frauen-Versammlung
am Mittwoch, 23. Oktober
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).
Um rege Beteiligung bittet
4377) **Die Vertrauensperson.**

Hansa-!?!? 8½ Uhr.
8½ Uhr. **Theater!?!?**
Professor Rooberts,
Hofzauberkünstler.
La Tatiana, Sport-Akt.
Die 5 Ramoneurs,
Tanz-Transformation.
Kurt Speyer,
Humorist u. Stimmungsmacher.
sowie and. Neuheiten f. Lübeck.
Vorzugskarten gültig.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Große Fremden- u. Volksvorstellung.
Beginn d. Konzerts Sonntags 7 U.
Abends 11 Uhr:
Kabarett die ganze Nacht.
Eintritt frei. Eintritt frei.
4383) **??? Neue Typen!!!**

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 23. Oktober 1912.
Außer Abonn. Kleine Preise.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¾ Uhr.
Der lustige Krieg.
Operette von Johann Strauß.
Donnerstag, 24. Oktober 1912.
33. Vorst. i. Voll.-Ab. 6. V. i. Donn.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Der liebe Augustin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Große Preise. (4376
Vorläuf. Anz. Zweimal. Gastsp. d. Kgl. Kammersäng. **Wilhelm Herold** vom Kgl. Nationalth. in Kopenhagen am Freitag, 25. Oktober und Sonntag, 27. Oktober, in **„Carmen", „Cavalleria rusticana" u. „Der Bajazzo".**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 248. Dienstag, den 22. Oktober 1912. 19. Jahrg.

Die russische Arbeiterklasse gegen den Krieg.

Man schreibt uns aus Petersburg:

Die russischen Arbeiter sind zur Zeit der Möglichkeit beraubt, mittelst großer Volksversammlungen und Manifestationen gegen die Gefahr des Weltkrieges zu protestieren und der infamen Kriegshetze der bürgerlichen Parteien entgegenzutreten, die unter wohlwollender Neutralität der Regierung, ja sogar von der mächtigen Kriegspartei bei Hofe gefördert, eine slavenfreundliche Begeisterung nach dem Muster von 1876/77 im Volke wachzurufen bestrebt sind. Wenn sogar Versammlungen der Arbeiterbevollmächtigten zur Erörterung der Dumawahlen auf das strengste verfolgt werden, ist natürlich nicht daran zu denken, der sich breitmachenden Kriegsagitation der Slavophilen in öffentlichen Versammlungen entgegenzutreten. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die russischen Arbeiter bei einer Verschärfung der gegenwärtigen Lage gegen die Kriegshetzer nicht mit denselben Mitteln vorgehen werden, wie kürzlich gegen die Arbeitermörder an der Lena. Vorläufig jedoch liegt der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Friedensagitation in der Arbeiterpresse, die sich allen Skorpionen der Reaktion zum Trotz das Existenzrecht erobert hat.

Das glänzende Vertrauensvotum, das die Arbeiter im ganzen Reiche bei den Dumawahlen in der Arbeiterkurie der Sozialdemokratie ausgestellt hat, berechtigt zu der Behauptung, daß die vom marxistischen Geiste erfüllten politischen und gewerkschaftlichen Organe im Mittelpunkte der russischen Arbeiterbewegung die Anschauungen der gesamten Arbeiterklasse Rußlands widergeben, und dies umsomehr, als sie nicht nur in der Hauptstadt, sondern im ganzen Reiche vertrieben werden. Als politische Organe kommen in Betracht die hier erscheinenden sozialdemokratischen Tagesblätter „Lutsch" und „Prawda". In dem ersteren knüpft Genosse N. Trotzky an an den Protest der Wahlplattform der sozialdemokratischen Augustkonferenz gegen die Banditenpolitik der russischen Regierung in Persien, in der Mandschurei, Mongolei und am Balkan. „Jetzt — schreibt er — wo die Temperatur am Balkan wieder gestiegen ist, und die blutige Gefahr eines europäischen Krieges wegen der Balkanbeute vor den Völkern Europas steht, wird die Sozialdemokratie mit verdoppelter und verdreifachter Energie in den Kampf treten gegen den Militarismus und Chauvinismus, gegen die lügnerisch-patriotischen Hetzreden, gegen das liberal-slavophile Abenteurertum." In einem anderen Artikel schreibt dasselbe Blatt: „Die Arbeiter Rußlands würden ihrer Pflicht gegenüber dem internationalen Proletariat nicht nachkommen, wenn sie nicht gegen das herannahende Gemetzel ihre Stimme erheben würden." Und die „Prawda" präzisiert den Standpunkt der russischen Arbeiterpresse gegenüber den demagogischen Beeinflussungsversuchen einer pseudo-demokratischen Presse: „Nur die Arbeiterpresse, in Rußland wie in den Balkanstaaten selbst, bleibt dem kriegerischen Hazardspiel und den offiziös-patriotischen Manifestationen ablehnend gegenüber. Weshalb? Würdigen denn die Sozialisten, diese glühenden Kämpfer für die Freiheit, nicht die Interessen der slavischen Bevölkerung in Mazedonien, an der die türkische Regierung und die Albanier ihr Mütchen kühlen? Nein, hier wie überall treten die Sozialisten für die Freiheit ein, für die Freiheit der Christen und der Mohamedaner, aber sie glauben nicht an die Freiheit, die von den Ministerkanzleien verkündet wird."

Inhaltlich am bedeutungsvollsten ist die Stellungnahme des „Metallist", des Organs der Petersburger Metallarbeiter. Nach einer eingehenden Schilderung der Vorgeschichte des Balkankrieges, geht das Blatt zu den Gefahren über, die der Krieg für das ganze Wirtschaftsleben Europas aufgerollt hat." Die Börse wußte gut, welche Folgen daraus entstehen könnten und reagierte deshalb so nervös auf die Ereignisse. Sie wußte aber auch, daß eine Wendung in den Ereignissen in bedeutendem Maße von Rußland abhängt, und daß die Einmischung Rußlands zugunsten der Brandstifter am Balkan für das Zarenreich selbst die schwersten Folgen heraufbeschwören kann. An die Stelle des Vertrauens, das das europäische Kapital Rußland entgegengebracht hat, ist neuerdings wieder ein schroffes Mißtrauen getraten, und dieses Mißtrauen hat die europäische Börse offen durch den Sturz der russischen Renten dokumentiert. Die russischen Börsen sind den europäischen gefolgt, indem sie in eine stürmische Deroute eintraten. Was folgt nun? Hat sich die Börsenpanik für lange gelegt? Wird es nur bei dem Börsenkrach bleiben, oder werden uns die Ereignisse wieder in den Abgrund einer industriellen und Handelskrise mit ihren furchtbaren Begleitern — Hunger und Arbeitslosigkeit hineinzerren? Die Börsenpanik hat sich ein wenig gelegt... Eine Beruhigung ist aber nicht eingetreten, und kann nicht eintreten, solange die Nachrichten vom Balkan einen so beunruhigenden Charakter tragen werden wie jetzt .... Ob aber die Börsendepression tiefer eindringt und auf das Gebiet der Geldzirkulation, des Handels und der Industrie übergreift, wird vom Gang der Ereignisse am Balkan abhängen. Vorläufig ist die Lage die, daß der Eintritt einer Krise anstelle der jetzigen Prosperität nicht früher als nach 2 Jahren erwartet werden konnte. Jetzt jedoch, nach dem Beginn des Krieges, muß die Lage sich verändern. Selbst wenn der Krieg auf dem Balkan lokalisiert wird, müssen die wirtschaftlichen Interessen Rußlands darunter leiden. Es wird nicht nur eine Verringerung des Exportes nach den Balkanländern, sondern auch nach den Staaten eintreten, deren Weg über die Türkei geht. Am meisten aber wird der Handel darunter leiden, daß während der ganzen Dauer des Balkankrieges die Befürchtung herrschen wird, daß Rußland sich in den Krieg einmischt! Die Ungewißheit hinsichtlich der Stellung Rußlands wird den Zufluß des ausländischen Kapitals aufhalten und auf die russischen Kurse, den Kredit, die Ausfuhr und den Warenumtausch drücken. Erfolgt aber eine Einmischung Rußlands, so sind die Folgen noch schlimmer. Im Lande erfolgt dann unvermeidlich eine völlige Verschiebung in der Industrie. Die in verschiedenen produktiven Arbeitszweigen angelegten Kapitalien werden nach den Produktionszweigen abgelenkt, die für den Krieg arbeiten. Anstelle des Volksbedarfs wird für die Intendantur gearbeitet werden, die Textilindustrie wird hinter der metallurgischen Industrie zurückbleiben. Zehntausende Arbeitslose werden dieser plötzlichen Kapitalsverschiebung zum Opfer fallen. Der Kredit und die Staatsfinanzen werden erschüttert, die Steuerlast steigt, die Abnahme der Arbeitskräfte in den Dörfern kommt in dem geringeren Ernteertrag zum Ausdruck .... Die wirtschaftlichen Folgen dieser Tatsachen sind so tiefgehend, daß sie durch eine intensivere Tätigkeit der Artilleriefabriken oder der Schiffsbauwerfte nicht aufgewogen werden können. Die Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, sich diese Folgen deutlich vor Augen zu führen, und gegen das neue Spiel mit dem Gewissen, dem Blute und dem Besitz des Volkes laut seine Stimme zu erheben!

Das Proletariat Deutschlands gegen Wahlentrechtung, Teuerung und Krieg.

Über die Demonstrationen, die am Sonntag das arbeitende Volk Deutschlands, insbesondere Preußens gegen Volksentrechtung, Teuerung und Krieg veranstaltete, liegen noch folgende Meldungen vor:

Bochum: An der glänzend verlaufenen Demonstration beteiligten sich etwa 4000 Personen. Redner war Abg. Peuß-Dessau.

Altona: Infolge der Nervosität der Polizei kam es zwischen den Versammlungsbesuchern und der Polizei am Fischmarkt zu einem Zusammenstoß. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Görlitz: Die Protestversammlung, die von 1000 Personen besucht war, nahm nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Löbe-Breslau eine Resolution an, in der den Genossen in den Balkanstaaten volle Sympathie für ein Eintreten gegen den Krieg ausgesprochen wird.

Gotha: In einer stark besuchten Versammlung protestierte Sonntag nachmittag die Arbeiterschaft Gothas gegen Imperialismus und Kriegsgefahr. Gen. Wilhelm Bock-Gotha referierte. Die Versammlung erklärte sich einverstanden mit der scharfen Stellungnahme unserer Partei gegen die imperialistische Politik der herrschenden Klassen.

In Stettin wurden zwei Protestversammlungen abgehalten. Die Arbeiter hatten sich an verschiedenen Punkten der Stadt versammelt und zogen dann in kleineren und größeren Trupps nach den Versammlungslokalen. In kurzer Zeit waren die geräumigen Säle überfüllt, sodaß die Versammlungen im Garten abgehalten werden mußten. Hier sprachen von zwei Tribünen die Genossen Vogtherr, Decker, Schumann und Hanisch. — Recht gut besuchte Versammlungen haben noch in folgenden Orten Pommerns stattgefunden: Anklam, Torgelow, Ueckermünde, Ahlbeck, Stralsund, Barth, Gollnow, Köslin, Kolberg, Schivelbein, Stolp, Neustettin und Stargard.

Die Teuerung.

An die Ausschaltung des Zwischenhandels gehen jetzt die ostpreußischen Agrarier; sie gründen Viehzentralen, die das Vieh entweder direkt oder durch die Vermittelung der Landwirtschaftskammer den Städten liefern sollen. Man hat auch bereits feste Preise auf einige Jahre festgesetzt. So beschloß der Zentralverein in Nikolaiken, Schweine für 40 Mk. pro Zentner ab Station Nikolaiken zum Versand zu bringen. Die Viehverwertungsgenossenschaft in Lötzen faßte den Beschluß, die Schweine direkt an die Städte zum Preise von 45 Mk. pro Zentner auf die Dauer von drei Jahren abgeben zu wollen; jährlich sollen ca. 650 fette Schweine geliefert werden. Gegenwärtig werden in Ostpreußen auf dem Markt 56—60 Mk. für den Zentner Schweine — Lebendgewicht natürlich — bezahlt. Also

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppius.

(52. Fortsetzung.)

„Meißner, ich gehe ja aber gar nicht und bleibe, wo ich bin!"

Der andere hob rasch den Kopf und sah dem Sprechenden scharf in die lachenden Augen. „Wollen Sie mich jetzt zum Narren machen oder haben Sie das heute nachmittag getan!" rief er nach einer Pause.

„Keins von beiden," erwiderte Reichardt mit dem vollen Ausdrucke des Glücks, „es ist nur eben ein Unterschied zwischen Nachmittag und jetzt. Es ist noch alles geblieben, wie es war, Meißner, und doch hat sich auch wieder so viel geändert!"

„Ei, so geben Sie Rätsel auf, wem Sie wollen, mir aber müssen Sie beichten!" rief der Kupferschmied aufspringend und faßte den Freund bei beiden Schultern; „kein Pardon!" fuhr er fort, als der andere abwehrend beide Arme gegen ihn ausstreckte, „denken Sie etwa, man quält sich Ihrethalben umsonst mit sich selbst herum und verdirbt sich den ganzen Tag?"

„Still jetzt, Meißner," entgegnete Reichardt ernster werdend und erhob sich, „Sie sollen alles erfahren, sobald ich reden darf, und so fragen Sie jetzt nicht weiter. Vorläufig kommen Sie mit mir, damit wir ein ordentliches Abendbrot nehmen und eine Flasche Wein trinken; dann aber gehen wir zum alten Black."

„Ab- und zur Ruhe gewiesen, ich konnte mir es schon denken," brummte der andere, die Arme sinken lassend; „aber auch gut! es dient wenigstens als Probe für eine uneigennützige Freundschaft!" Mit einem kräftigen Kopfnicken eilte er davon, um seine gewöhnliche Umkleidung vorzunehmen.

Als Reichardt spät am Abend nach seinem Boardinghause zurückkehrte, ließ er sich noch Feder, Tinte und Papier nach seinem Zimmer bringen, und schrieb an Mathildens Mann, daß seine Verhältnisse es nicht gestatten, das ihm gemachte Anerbieten anzunehmen. An seine ehemalige Gefährtin selbst aber legte er einige Zeilen herzlichen Abschieds und freundlicher Wünsche für ihre fernere Zukunft bei, zugleich die Hoffnung aussprechend, ihr auf ihren beiderseitigen Lebenswegen einmal wieder zu begegnen. Er ging noch selbst nach dem Schalter der nahen Postoffice, um der Besorgung der Briefe am nächsten Morgen sicher zu sein. In seine Wohnung zurückgekehrt, begann er hier langsam auf und ab zu schreiten, bis er nach einer Weile, sich die Stirn reibend, mitten im Zimmer stehen blieb. Die Erregung, welche die letzten Ereignisse in ihm hervorgerufen, war vorüber, und fast wollten jetzt, wo er den letzten Schritt getan, der ihn in seinem bisherigen Wirkungskreise festhielt, leise Zweifel in ihm aufsteigen, ob er nicht zu voreilig gehandelt. Was ihn wie in einem Zauber gefangen gehalten, während er es durchlebt, begann jetzt eine völlig verschiedene Färbung anzunehmen, und je genauer er das Geschehene betrachtete, je weniger vermochte er eine aufsteigende bängliche Ungewißheit von sich zu weisen. Hatte er doch nicht ein einziges Wort von Margaret, das ihn zu größern Hoffnungen als bisher berechtigte; von Mr. Frosts Meinung seinen Gefühlen gegenüber kannte er nichts, als die sonderbare Miene, welche jener bei Harriets Mitteilung gezeigt hatte und die sich zuletzt nach allen Richtungen hin deuten ließ; und wenn er sich auch mit seinen Gedanken an Harriet klammerte, die ihn sicher nicht aus seinem Schweigen getrieben und ihm Hoffnungen gemacht haben würde, wenn nicht ein bestimmter Grund zu den letzteren vorhanden gewesen wäre, so hatte er doch schon selbst erfahren, wie leicht sich das Mädchen von einer Idee zum bestimmten Handeln fortreißen ließ, ohne die wirklich bestehenden Verhältnisse zu berücksichtigen. Langsam entkleidete er sich und suchte sein Bett, um sich von neuem die Bilder des Tags vor die Seele zu rufen. Da trat ihm plötzlich Frosts Äußerung: „ganz deutsch!" in die Erinnerung und daneben Harriets spöttelnde Frage, ob er erst die allseitig genügendsten Versicherungen verlange, ehe er sich entschließe, nach einem Glücke zu greifen; — „ist es nicht Feigheit?" klang es dann in seinen Ohren. Nein, er war nicht feig, er wäre kräftig und entschlossen in jedem andern Falle gewesen; und mochte es auch „deutsch" sein, zu zagen, wo es galt, in eigener Sache keck nach dem Höchsten zu greifen, wenn nur Margaret —! Ehe er den Gedanken indessen geendet, stand das in Tränen lächelnde Gesicht, wie es sich nach ihm gehoben, vor seinem innern Blicke, sah er in diese Augen, deren Ausdruck ihm einen Himmel in die Brust geworfen — er grübelte nicht weiter, aber tief in die Seele das vor ihn tretende Bild aufnehmend, war es seine letzte bewußte Vorstellung, ehe er entschlief. —

Es war ein eigentümliches Gefühl, das sich Reichardts bemächtigte, als er am andern Morgen das Kassenzimmer betrat und von Bells bisherigem Arbeitsplatz Besitz nahm. Bei seinem Erwachen war ihm die neue Wendung seines Schicksals fast wie im Traum erschienen, in dem seine am Abend zuvor durchkämpften Zweifel wie ein dunkler Punkt standen. Aber sich kräftig aus seiner Gefühlswelt aufraffend, hatte er sich den Stand der Dinge klar vor Augen gestellt, hatte erkannt, daß, möchten sich auch die ihn umgebenden Verhältnisse für oder gegen seine Hoffnungen gestalten, er ohne bestimmte Ursache nicht von neuem zurücktreten könne und vorläufig allem, was sich aus den gestrigen Vorfällen entwickeln werde, ruhig entgegensehen müsse — und mit der gewonnenen Klarheit war auch, seine ganze Seele durchwärmend, das Bewußtsein seiner neuen Stellung und der sich jetzt vor ihm eröffnenden Zukunft in ihm wach geworden. Demohngeachtet traten ihm bei seinem Eintritt in die Office alle Empfindungen, mit welchen er dieselbe gestern verlassen, wieder lebendig entgegen, und er konnte sich einer leichten Beklommenheit nicht erwehren, wenn er an das erste Begegnen mit dem alten Frost, dem er jedenfalls eine Erklärung schuldig war, dachte. Er war längst mit den ihm obliegenden Pflichten vertraut, aber er mochte demohngeachtet noch keine Hand an die von Bell abgeschlossenen Bücher legen, ehe nicht das erwartete Zusammentreffen vorüber war, und so blätterte er die vor ihm liegenden Papiere durch, ohne doch mit einem Gedanken bei der vorgenommenen Beschäftigung zu sein, aber jeden Tritt, der in dem vorderen Zimmer laut wurde, belauschend.

Fast eine halbe Stunde mochte er in diesem Zustande verbracht haben, als er die Eingangstür zur Office klappen und gleich darauf eine Stimme laut werden hörte, und „das ist er!" murmelte er vor sich hin, seine ganze Fassung möglichst zusammenraffend.

Reichardt hatte sich erhoben, als Frost sichtbar wurde. Der erste Blick in das Gesicht des Eintretenden aber zeigte ihm, daß dieser von irgend einem geschäftlichen Gedanken ganz in Anspruch genommen sein mußte, und fast schien es, als wolle er ohne Aufenthalt nach dem hinteren Zimmer gehen. Kurz vor der Tür des letzteren hielt er, wie sich besinnend, seinen Schritt an und wandte sich langsam dem jungen Manne zu. „Ich war gestern leider verhindert, Ihren Entschluß entgegenzunehmen," sagte er, während sich ein seltsames halbes Lächeln um seinen Mund legte, „ich sehe aber, wir sind miteinander in Ordnung, und so wird es sich ja bald zeigen, wie weit das neue Arrangement unsern beiderseitigen Erwartungen entspricht. Notieren Sie sich vorläufig von heute ab denselben Gehalt, welchen Bell bisher bezogen." Er hielt inne und blickte, wie einen besonderen Gedanken verfolgend, in das Gesicht des Deutschen. „Johnson war heute schon bei mir," begann er nach kurzem Schweigen von neuem, und verlangt als einen Akt der Billigkeit, daß ich seine Forderung an die Versicherungsgesellschaft mit zur Liquidation kommen lasse, da die Nachricht von dem beabsichtigten Betruge gewissermaßen durch die Vermittelung seines Geschäfts an uns gelangt ist. Der alte Black hat, soweit es sein Interesse betrifft, bereits seine Zustimmung gegeben und wird dafür unter Einlegung seines Kapitals als Partner in Johnsons Geschäft treten, aus welchem der Vater, der ohnedies,

selbst die unzureichenden Maßnahmen der Regierung haben bereits bewirkt, daß die Junker beginnen, mit den Preisen herunter zu gehen. Sie erklären jetzt, der Landwirtschaft liege nichts an hohen Preisen; sie wolle nur mittlere, aber nicht schwankende Preise haben.

Die agrarischen Blätter in Ostpreußen behaupten, daß die von der Regierung bewilligten Zollermäßigungen schon jetzt, ehe noch russisches Fleisch über die Grenze gekommen sei, die Preise drückten; aber nur die Viehpreise. Nach einem Marktbericht wären die Schweinepreise seit dem letzten Monat um zehn bis dreizehn Mark gefallen. Ähnlich sei es auch an anderen Plätzen. Die Fleischpreise dagegen wären nicht um einen Pfennig heruntergegangen. Dem Händlertum wird nachgewiesen, daß es „ungeheure Gewinne" erziele. So sollen ausgeschlachtete Hammel von den Landwirten zum Preise von 50 bis 65 Pfg. pro Pfund abgekauft worden sein. Fracht, Überführung und den Preis für die Schlachtkarten hätten noch die Landwirte zu tragen gehabt, und trotzdem wäre das Hammelfleisch zu 90 Pfg. bis 1,10 Mk. in den Läden verkauft worden. Auf dem Wege vom Landwirt bis zum Fleischer würden also, obgleich der Landwirt noch einen Teil der Unkosten trage, 35 bis 40 Pfg. an jedem Pfund Fleisch verdient.

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeiterrecht in Oberschlesien. Wie mit dem Arbeiterrecht in Oberschlesien umgangen wird, zeigen zwei Vorschriften oberschlesischer Werke. Will jemand auf dem „Hohenlohewerke" Arbeit erhalten, so muß er nachstehendes Schriftstück unterzeichnen! „Allen denjenigen neu angelegten Arbeitern, welche nicht imstande sind, am Ofen gleich selbständig zu arbeiten, und erst angelernt werden müssen, werden, sobald sie nur 1 oder 2 Lehrschichten verfahren, die Lehrschichten mit 2,80 Mk. berechnet. Werden 3 Lehrschichten verfahren, so werden für die 3 Lehrschichten 8 Mk. angerechnet. Dieser Satz bleibt unverändert, wenn auch vier Schichten und darüber hinaus verfahren werden sollten. Die Auszahlung der Lehrschichten geschieht nach Ablauf von drei vollen Monaten seit dem Tage des Eintritts in die Arbeit. Sollte ein Arbeiter vor Ablauf der 3-monatlichen Karenzzeit seine Abkehr nehmen, so verliert er den Anspruch an Zahlung der Lehrschichten. Von vorstehendem ist mir Kenntnis worden und erkläre mich damit einverstanden, was ich durch Unterschrift bestätige. Folgt Unterschrift." — Ein zweites Dokument der Selbstherrschaft des oberschlesischen Unternehmertums ist folgendes: „Nachdem es die Arbeiter abgelehnt haben, daß ihnen die Steuern monatlich ratenweise durch die Lohnliste in Abzug gebracht werden, sehe ich mich veranlaßt, gegen die säumigen Steuerzahler mit Strafe vorzugehen. Es wird fortan jeder Steuerrestant, dessen Steuern der Verwaltung von der Gemeinde zum Abzug aufgegeben werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Steuern nachträglich bezahlt sind, im ersten Falle mit einer Mark, im zweiten Falle mit zwei Mark, und zum dritten Male mit der Entlassung bestraft. Bergwerksdirektor Kirschnick." — Diese Bekanntmachung prangt auf der Bekanntmachungstafel der Konsolidation „Konkordiagrube" bei Zabrze.

Bei den Krankenkassenwahlen in Detmold hat die Liste des Gewerkschaftskartells gegen das letzte Ergebnis um 122 Stimmen zugenommen, die der christlichen und der sogenannten unabhängigen Arbeiter um 22 Stimmen abgenommen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Bieberich a. Rh. erzielten die freien Gewerkschaften einen großen Erfolg. Für ihre Kandidaten wurden 1199 Stimmen abgegeben, die vereinigten Gegner (katholische, evangelische und gelbe) brachten es auf ganze 236 Stimmen. Die gegnerischen Gewerkschaften erhalten einen Sitz, die freien Gewerkschaften neun.

Lohnerhöhung bei der Firma F. Ad. Richter u. Cie. in Rudolstadt. Bei dieser Weltfirma, berühmt durch ihre Anker-Steinbaukasten, Musikwerke, Schokoladen und pharmazeutische Erzeugnisse konnte nach längeren Verhandlungen eine Lohnerhöhung von 10 Proz., eine Besserbezahlung der Überstunden und eine allgemeine Regelung der Akkordlöhne für den ganzen Betrieb durchgeführt werden.

Streikversicherung der süddeutschen Unternehmer. Der bayerische Industriellenverband hat vor einiger Zeit eine bayerische Streikversicherungsgesellschaft ins Leben gerufen, um seine Mitglieder gegen Streikschäden zu versichern. Die Prämien dafür betragen in Klasse I 3 Mk., in Klasse II 1 Mk. pro 1000 Mk. Jahresrisiko. Nach dem Jahresbericht der Gesellschaft, die ihren Sitz in München hat, haben sich fast sämtliche Mitglieder des Bayerischen Industriellenverbandes in dieser Gesellschaft versichert, sie selbst ist bei dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände rückversichert. Die Höhe der angesammelten Reserven wird nicht genannt, nach dem Bericht sollen sie sehr erhebliche sein. Die bayerische Streikversicherungsgesellschaft hat nun beschlossen, ihren Wirkungskreis auf ganz Süddeutschland auszudehnen.

Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Deutschen Bauarbeiterverband!

Der Deutsche Bauarbeiterverband ist eine von den Organisationen, welche der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung bisher ablehnend und skeptisch gegenüber gestanden haben. Der Grund lag in den zu überwältigenden Schwierigkeiten. Die Risiken erscheinen und sind im Verhältnis zu denen anderer Gewerbe riesig groß, da das Baugewerbe eigenartig gelagert und die Dauer der Erwerbstätigkeit der einzelnen Berufsangehörigen vielen, verschiedenartig begründeten Schwankungen unterworfen ist. Diese Tatsache zeitigte aber auch wiederholt Anträge, welche eine Prüfung der Sachlage bezweckten mit dem Ziele, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Sie führten endlich dazu, daß seit einigen Jahren fortdauernd Erhebungen über den Umfang und die Art der Arbeitslosigkeit vorgenommen worden sind.

Es hat nun eine Konferenz der leitenden Instanzen des Verbandes stattgefunden, welche sich eingehend mit der Lösung des Problems beschäftigt und nach Würdigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse beschlossen hat, den Mitgliedern die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu empfehlen. Daraufhin ist jetzt den Mitgliedern eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet worden, welche unter dem Titel: „Erwerbslosenunterstützung" Unterstützung in Krankheitsfällen (ist bereits schon seit dem Jahre 1904 gezahlt worden), bei Arbeitslosigkeit am Orte und auf der Reise vorsieht.

In dem der Vorlage vom Verbandsvorstand beigegebener Kommentar ist betont, daß dem Vorstand die Einführung der Arbeitslosenunterstützung als eine unabweisbare Notwendigkeit erscheint und daß die Durchführungsmöglichkeit nicht länger mehr bezweifelt werden kann. Der vornehmste Grundsatz der Organisation: die Erkämpfung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse für die Mitglieder, soll durch die neu zu schaffende Einrichtung nicht berührt und nicht erschüttert werden. Der Kampf wird nach wie vor im Deutschen Bauarbeiterverband im Vordergrunde stehen und seine erste Aufgabe sein. Zur Verfolgung und Durchführung dieser Aufgabe müssen ungeheure Summen bereitgestellt und zeitweilig verausgabt werden, so daß in Hinsicht darauf ernste Zweifel, ob es überhaupt möglich ist, die Mittel aufzubringen, die zur Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverband notwendig sein werden, berechtigt erscheinen. Aber nach den angestellten Wahrscheinlichkeitsberechnungen und hinsichtlich der organisatorischen Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung müssen alle Bedenken verstummen. Allerdings muß vorsichtig und tastend vorgegangen werden. Zunächst müssen die schlimmsten Wintermonate Januar und Februar, in welchen, statistisch nachgewiesen, über die Hälfte aller baugewerblichen Arbeiter wegen der Witterungsverhältnisse arbeitslos sind, aus der Bezugsberechtigung ausscheiden. Dadurch wird der neuen Einrichtung die Wirksamkeit aber nicht genommen, denn auch in den anderen Monaten ist leider die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern so groß, um brutale Not und schreckliches Elend als ständige Gäste in den Wohnungen der Arbeitslosen in verheerendem Maße vorfinden zu lassen. Diese Not und dieses Elend zu lindern, wird der Arbeitslosenunterstützung vorbehalten bleiben. Sie wird die sonst durch die Arbeitslosigkeit ausgehungerten und mürbe gemachten Arbeiter zäh und widerstandsfähig für den Kampf um ihre Existenz machen. — Die Summe, die dafür zur Verwendung gelangen wird, wird sich in normalen Zeiten bei dem heutigen Mitgliederstand von rund 360 000 auf 3 Millionen Mark belaufen.

Der Grundstock für die Unterstützung wird durch eine durchgängige Beitragserhöhung aufgebracht und sichergestellt. Die derzeitig vorhandenen Kapitalien sollen dazu nicht verwendet werden. Spätere Verbesserungen der Einrichtung werden aus dem Ueberschuß und dem Zinsertrag bestritten.

Der Bezug der Arbeitslosenunterstützung ist nach dem Entwurf an eine zweijährige Mitgliedschaft gebunden. Unterstützung wird gezahlt nach einer sechstägigen Karenzzeit für 8 Wochen oder 48 Tage innerhalb 52 Wochen. Sie richtet sich in der Summe nach der Höhe der geleisteten Beiträge und nach der Dauer der Organisationszugehörigkeit. Die Leistungen sind gestaffelt nach sechs Beitragsklassen und erreichen ihre Höchstgrenze bei achtjähriger Mitgliedschaftsdauer. Die Höchstsätze für Ortsunterstützung betragen in der untersten Klasse 1,20 Mk., dann steigend auf 1,25, 1,30, 1,45, 1,65 und 1,85 Mk. pro Tag.

Von großem Einfluß auf die Entlastung des Arbeitsmarktes von überschüssigen Arbeitskräften wird zugleich die in Aussicht genommene Unterstützung an reisende Arbeitslose sein. Diese darf in der Regel 1 Mk. pro Tag nicht übersteigen. Die Gesamtsumme der in 52 aufeinander folgenden Wochen zu erhebenden Reiseunterstützung ist nach einer Mitgliedschaftsdauer von zwei Jahren mit 30 Mk., von vier Jahren mit 38, von sechs mit 48 und von acht Jahren mit 60 Mk. in Ansatz gebracht. Werden größere Reisestrecken auf der Eisenbahn zurückgelegt, so kann eine Unterstützung für eine zusammenhängende Fahrt bis zu 3,— Mark gezahlt werden.

Die Frage der Beitragserhöhung soll in der Weise gelöst werden, daß an die Hauptkasse Beiträge abzuliefern sind, welche sich in sechs Stufen zwischen 40 und 90 Pfennig bewegen. Zur Gründung von Lokalkassen für Verwaltung der Zweigvereine usw. wird ein Zuschlagsbeitrag für mindestens 44 Wochen im Jahre erhoben. Die Zuschläge dürfen nicht geringer als 20 Prozent des Verbandsbeitrages sein und 40 Prozent desselben nicht überschreiten.

Der Entwurf wird einem im Januar stattfindenden Verbandstag zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Seine Annahme erscheint — wenn auch modifiziert — sicher.

Aus der Arbeiter-Internationale.

Österreich. Die Arbeiter-Zeitung wies dem „Weißen Kreuz", einer unter hohem Protektorate stehenden Organisation zur Unterbringung der Militärentlassenen, nach, daß sie systematisch Streikbrechervermittlung betreibe. Da einige Stellen des fraglichen Artikels konfisziert wurden, hatte die sozialdemokratische Fraktion Gelegenheit, den Kriegsminister zu interpellieren, wobei natürlich der Originalartikel verlesen wurde, sodaß er im Verhandlungsbericht doch voll veröffentlicht werden konnte. Die Blamage des Kriegsministers und seiner Schützlinge wurde so weidlich erhöht. — Der vor zwei Jahren von den Gewerkschaften gegründete Dienstmädchenverein beginnt jetzt, nachdem die ersten Schwierigkeiten überwunden sind, sich schneller zu entwickeln. Er gibt seit kurzem ein eigenes Monatsorgan, „Die Einigkeit", heraus und ist dabei, in der Provinz Ortsgruppen ins Leben zu rufen. Die Mitglieder zahlen ein Eintrittsgeld von 40 Pfg. und einen Monatsbeitrag in gleicher Höhe, wofür ihnen auch die Benutzung des eigenen, kostenlosen Arbeitsnachweises zusteht. — Über die finanzielle Festigung der österreichischen Zentralgewerkschaften teilt der soeben veröffentlichte Bericht des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich mit, daß der Vermögensstand der auf 421 905 Mitglieder angewachsenen Verbände von 11 377 344,99 Kr. auf 13 145 274,37 Kr. gestiegen ist. Außerdem besitzen die Zentralgewerkschaften noch einen separat verwendeten Streikfonds von 4 698 898,03 Kr. Der Stand des obligatorischen Solidaritätsfonds für große Kämpfe wird natürlich nicht veröffentlicht. Das Verbandsvermögen ohne Streikfonds beträgt, auf den Kopf des einzelnen Mitglieds berechnet, 31,15 Kr. Die Nationalität der Mitglieder läßt sich nur ungefähr aus der Abnahme der Fachblätter in der betr. Sprache feststellen. Danach dürften auch jetzt noch gegen 70 000 tschechische Arbeiter in den Zentralverbänden stehen.

Schweiz: Zu einem immer beliebteren und erfolgreicheren Mittel, die Organisierung der Arbeiterinnen zu fördern, gestalten sich die Frauenkonferenzen, die jetzt in allen Teilen des Landes veranstaltet werden und die von Zeit zu Zeit wiederholt werden sollen. Gewöhnlich finden sie an einem Sonntage statt unter Beteiligung möglichst vieler Delegiertinnen, die durch gute Vorträge ihr Wissen bereichern.

Frankreich. Die Pariser Kohlenarbeiter mußten ihren Kampf aufgeben, da die Zahl der Arbeitswilligen rasch stieg; doch hoffen sie, durch Verhandlungen einige Konzessionen zu erzielen. — Die 2000 streikenden Hafenarbeiter in Havre mußten den Streik abbrechen, um ihn zu gelegener Zeit wieder aufzunehmen. — 420 Mechaniker in etwa 100 Betrieben traten in den Streik, um 4 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde, doppelte Bezahlung für Überstunden und den zehnstündigen (!) Arbeitstag zu erringen. — Die französische gewerkschaftliche Landeszentrale beschloß am 15. Oktober, sich mit den Gewerkschaften aller Länder zu gemeinsamer Agitation und Demonstration gegen die Gefahr eines europäischen Krieges in Verbindung zu setzen.

---

nicht viel mehr von dieser Welt zu hoffen hat, ausscheidet. Jetzt fragt es sich, was sollen wir tun?"

Reichardt war mit aufmerksam gebeugtem Kopfe und sichtlichem Interesse der letzten Mitteilung gefolgt. „Die Forderung legt wohl eine doppelte Auffassung zu, Sir," sagte er jetzt, während sich sein Gesicht höher färbte. „Tritt uns Johnson nur als Geschäftsmann gegenüber, so halte ich sein Verlangen für eine reine Absurdität. Er hat durch Geschäftsfähigkeit verfehlt, was wir durch Glück und ein rasches Benutzen der günstigen Chance gewonnen — das ist das einfache und allein richtige Verhältnis in der Sache, das für den Kaufmann wohl jedes weitere Wort unnötig macht. Anders vielleicht mag sich dieses gestalten, wenn Johnson als Freund Ihres Hauses Ihre persönliche Rücksicht beansprucht, hier aber hört natürlich jedes Urteil eines Dritten auf."

„Gut, und was würden Sie in dem letzteren Falle an meiner Stelle tun?" fragte der alte Herr lächelnd.

Nur einen Augenblick ging es wie eine leichte Verlegenheit über Reichardts Gesicht. „Ich glaube nicht, Mr. Frost," erwiderte er dann, „daß ich die Verhältnisse genug kenne, um mich nur in die angedeutete Lage versetzen zu können."

Frost nickte, während sich der frühere eigentümliche Zug seinem Lächeln wieder beigesellte. „Ich will Ihnen gestehen," sagte er, „daß ich nicht die geringste Neigung hätte, von der gesunden kaufmännischen Ansicht, welche Sie soeben ausgesprochen, abzuweichen, wenn ich nicht Rücksicht auf Black nehmen müßte, einen alten, treuen Arbeiter, dessen ich mich schon seit Beginn meiner Karriere entsinne und der mehr wert ist, als vielleicht alle drei Johnsons zusammen. Das, was unser Geschäft verlieren muß, wenn wir Johnson zur Liquidation seiner Forderungen zulassen, steht in keinem Verhältnis zu den Folgen, welche dessen Verlust für ihn und somit für Blacks alte Tage haben könnte — sie würden fast näher den Fall des Geschäfts bringen. Indessen lasse ich gern der begründeten Meinung eines Vertrauensmannes, wie Sie es durch Ihre neue Stellung geworden sind, ihre Geltung, und so werde ich das Opfer, was zu bringen ist, auf mein Privat-Konto nehmen. Schaffen Johnson kommen sollte, weisen Sie ihn zu mir!"

Er nickte leicht und wandte sich nach seinem Zimmer. Reichardts Brust aber war bei dem Ende des Gesprächs weit geworden und hob sich jetzt unter Empfindungen, wie er sie bisher in dem Maße noch nicht gekannt. Er meinte in diesem Augenblicke für den Mann, der von ihm gegangen, wie für die ihm anvertraute Stellung in jede Gefahr stürzen zu können, und lange noch stand er, mit dem Lächeln tiefster, glücklichster Befriedigung vor sich hinsinnend, ehe er, langsam den Kopf hebend, sich seinen neuen Arbeiten zuwandte.

Es war Mittag, als sich die Tür nach dem Vorderzimmer öffnete und John geräuschvoll eintrat. „Ich bin wirklich so bei anderen Dingen beschäftigt gewesen, Will, und bin es noch, daß ich kein Wort von der ganzen Sache weiß," hörte ihn Reichardt sagen; „wenn Vater mit dem Kassierer hat sprechen wollen — hier ist er, reden Sie zu ihm!"

Der Dastehende blickte auf und sah in William Johnsons Gesicht, welcher, hinter dem jungen Frost eingetreten, jeden wie in unangenehmer Ueberraschung den Kopf nach dem Deutschen wandte. „Mr. Frost hat jedenfalls von Ihrem wirklichen Kassierer gesprochen!" sagte der letztere, das Gesicht kurz nach seinem Begleiter kehrend.

„Das ist er Mr. Reichardt, Sir!" erwiderte John mit einem Lächeln, das nicht ohne einen Anflug von Schadenfreude war, „Mr. Bell hat seinen Platz jetzt in der Marine-Bank. Machen Sie Ihr Geschäft ab, und ich werde einstweilen nach dem meinigen sehen!" Er schritt rasch nach dem Vorderzimmer, Johnson in sichtlichem Kampfe mit sich selbst zurücklassend. Reichardt hatte nur einen Blick in das sich ihm wieder zuwendende Gesicht geworfen, meinte aber alles, was in der Seele dieses gedemütigten Mannes vorging, mitzufühlen, und hätte in seiner glücklichen, gehobenen Stimmung nicht noch eines Sandkorns Schwere neuer Demütigung hinzufügen können. „Wenn es sich um die Versicherungs-Angelegenheit handelt, Sir," sagte er in freundlichem Tone, „so bin ich allerdings davon unterrichtet, indessen finden Sie Mr. Frost in seinem Zimmer, und Sie sind bereits erwartet."

Zwischen Johnsons Augenbrauen machte sich jetzt ein eigentümliches Zucken bemerkbar, als wisse er nicht, welche Miene anzunehmen. „Dank Ihnen, Sir," versetzte er endlich, schien aber augenscheinlich noch eine andere Frage auf den Lippen zu haben. Wie in einem raschen Entschlusse indessen wandte er, den Kopf zurückwerfend, sich plötzlich ab und öffnete die Tür zu Frosts Zimmer. Kaum war er verschwunden, als sich auch Johns Gesicht wieder in der vorderen Türöffnung zeigte. „So!" rief dieser halblaut, nach einem vorsichtigen Rundblick eintretend, „mich auch noch um anderer Leute Dinge zu kümmern, wenn ich selbst nicht weiß, wo mir der Kopf steht! Fürs erste habe ich mit Ihnen zu reden, Reichardt, und zwar sehr ernsthaft," setzte er die Stirn runzelnd hinzu, „es ist längst Mittag, und so werde ich Sie nach Ihrem Boardinghause begleiten."

„Doch nichts Gefährliches?" fragte Reichardt, sich lächelnd zum Gehen fertig machend.

„Kommt auf die Umstände an, Sir!" war die Antwort, mit welcher jener dem Deutschen nach dem Ausgange der Office voranging. Auf der Straße angelangt schritt er, wie um ein Gespräch im Gehen zu vermeiden, seinem Begleiter immer um einen halben Fuß voraus, und Reichardt konnte sich endlich einer leichten Spannung, was der Grund dieses ungewöhnlichen Benehmens sei, nicht erwehren. Sie fanden den Parlor des Boardinghauses, wie gewöhnlich während der Mittagszeit, leer, und der Deutsche zog zwei Stühle zum Kaminfeuer, schweigend die Mitteilungen des anderen erwartend. Ohne sich aber zu setzen, legte John die Hand auf die Schulter seines Gesellschafters und sah diesem scharf in die Augen. „Sie haben Ihren Entschluß, uns zu verlassen, aufgegeben," begann er, „und ich weiß nur, daß ein Gespräch mit Harriet einen bedeutenden Anteil daran hat. Reichardt," fuhr er fort, während eine stille Glut in sein Auge trat, „ich bin soeben dabei, mir das Glück oder Unglück meiner ganzen Zukunft zu gründen. Sagen Sie mir, was Sie zu Ihrem ersten plötzlichen Entschlusse und zu dem jetzigen schnellen Aufgeben desselben bewogen hat. Sie sind es mir durch Ihr gestriges Versprechen schuldig, und ich weiß, daß Sie mich, Ihren besten, aufrichtigsten Freund, nicht belügen werden."

Reichardt sah verwundert in das erregte Gesicht des Sprechenden. „Was kann denn mein Entschluß mit Ihrem Glück oder Unglück zu tun haben?" fragte er. „Sprechen Sie Ihre Gedanken aus, John, und ich will Ihnen so ehrlich antworten, als Sie es nur wünschen können."

„Weichen Sie nicht aus," rief der andere, wie ungeduldig, „zeigen Sie mir die rechte Ehrlichkeit und antworten Sie mir gerade und offen!"

Ein tiefes Rot stieg langsam in das Gesicht des Deutschen. „Sie wissen nicht, was Sie von mir, der sich noch selber kaum klar ist, verlangen," erwiderte er nach einer Pause, „demohngeachtet will ich ohne Rücksicht gegen mich Ihrer Forderung genügen; erkennen Sie aber dann, John, daß das, was ich zu sagen habe, viel besser unausgesprochen geblieben wäre, so wissen Sie, daß Sie selbst mir keine Wahl gelassen haben."

(Fortsetzung folgt.)

Belgien. Wie die klerikale belgische Regierung die Enthüllungen über den Kongo zu verhindern sucht, weist der „Etoile du Congo" an einem Telegramm nach, das die Regierung im August 1911 an die Kongobehörden sandte: „Landarbeiterlöhne herabsetzen, damit sie nicht nach Europa zurückkehren können." Und trotzdem will es nicht mehr gelingen, die nötigen Arbeiter für den Kongo anzuwerben. Die Enthüllungen der Sozialisten in der Kammer haben das für immer verdorben. — Die belgischen Eisenbahner sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit, Anerkennung des vollen Koalitionsrechts, Lohnerhöhung entsprechend den gestiegenen Lebensmittelpreisen und der gesteigerten Kraftausnutzung der Eisenbahner, wöchentlicher Ruhetag, jährlich 14 Tage Urlaub usw. Wenn auch bei der herschenden Reaktion in Belgien die Erfüllung aller Wünsche nicht leicht erreichbar sein wird, zeigen doch die Eisenbahner in Belgien, England, Italien, Spanien ein ziemliches Quantum mehr Mut als ihre — deutschen Kollegen.

Spanien: In Corogna streiken die Hafenarbeiter um eine Lohnerhöhung, in Andalousien 530 Bergarbeiter wegen der Maßregelung eines Kollegen. — Am 15. Oktober legte der Minister der öffentlichen Arbeiten dem Parlamente den versprochenen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Eisenbahner vor. Der Entwurf sieht einen Kollektivvertrag zwischen Eisenbahngesellschaften und Arbeitern, sowie obligatorisches Einigungs- und Schiedsgerichtsverfahrens vor.

Rußland: Das Organ der russischen Metallarbeiter gibt einige Auszüge aus der amtlichen Statistik über die Streiks (die Statistik spricht von „Sabotagen") des Jahres 1911 wieder. Danach hat deren Zahl und Umfang gegen das Vorjahr stark zugenommen. Insgesamt wurden 466 Bewegungen, darunter 24 „zu politischen Zwecken", verzeichnet. An den wirtschaftlichen Bewegungen hatten sich 96 730 Arbeiter und 8380 an den politischen Demonstrationen beteiligt, die insgesamt 782 000 Arbeitstage verloren. Um Lohnfragen handelte es sich in 330, um die Arbeitszeitverkürzung in 44, um andere Fragen in 62 Fällen. 122 Bewegungen endeten mit vollem, 136 mit teilweisem Erfolge, während die Arbeiter in 184 Fällen unterlagen. So ungeheuer lückenhaft diese Uebersicht auch ist, so zeigt sie doch, daß auch die brutalsten Unterdrückungsmethoden den Kampf der Arbeiterklasse nicht verhindern können.

England. Der Kongreß der Eisenbahner sprach sich für den Zusammenschluß mit den beiden andern Organisationen im Eisenbahnbetriebe aus, doch wurde ein Antrag auf Anschluß an den neuen Transportarbeiterverband als verfrüht zurückgezogen. Eine Resolution, die sich für die Grundsätze des Sozialismus erklärt und eine konzentrierte Organisation der Arbeiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete empfiehlt, fand mit 40 gegen 8 Stimmen Annahme. — Im Unterhause interpellierte der Sozialist O'Grady den Minister, ob ihm bekannt sei, daß die kürzlichen Ruhestörungen in Belfast von den Unionisten auch zu dem Zwecke herbeigeführt wurden, um die Zersplitterung der Gewerkschaften in katholische und protestantische Gruppen zu erzielen. — Das Organ des englischen Postangestelltenverbandes fordert die Gewerkschaften auf, recht oft und umfangreiche Studienreisen in andere Länder für ihre Mitglieder zu organisieren, als das beste Mittel zur Förderung der Friedensbestrebungen. — Eine Konferenz des Einigungsamts für die gesamte englische Kohlenindustrie, der ein Antrag der Arbeiter auf 5 Proz. Lohnerhöhung vorlag, beschloß, beiden Teilen zu empfehlen, daß die Anfang 1909 in Kraft getretene 5prozentige Lohnreduzierung wieder rückgängig gemacht werde.

Chile. Auch an der fernen Westküste Südamerikas hat die moderne Arbeiterbewegung ihren Einzug gehalten, wie das sozialistische Wochenblatt beweist, das seit einiger Zeit in Chile erscheint. Die dortigen Gewerkschaften folgten bisher der demokratischen Partei, doch haben sie sich kürzlich in mehreren Städten endgültig von dieser getrennt, um eine sozialistische Partei zu gründen.

Vereinigte Staaten: In Chikago droht ein neuer Konflikt in der Bekleidungsbranche auszubrechen, an dem rund 50 000 Beschäftigte beteiligt sein würden, weil die Unternehmer 300 Damenschneider aussperrten. — Eine Konferenz der drei Organisationen der Herren-, Damenschneider und Konfektionsarbeiter sprach sich für die Verschmelzung aus. Die Hauptquartiere sollen sogleich in dieselbe Stadt verlegt werden und dann der baldige Zusammenschluß herbeigeführt werden. Die neue Organisation würde über 100 000 Mitglieder zählen. — Auf den riesigen Weinfeldern in Kalifornien verlangen die japanischen Arbeiter 2½, statt wie bisher 2 Dollar Tagelohn. Da die Unternehmer halsstarrig sind, kann die ganze Weinernte verloren gehen. — Anfang November wird der Gewerkschaftsbund seine Jahresversamlung in Rochester im Staate New-York abhalten. Nach dem Berichte des Vorstandes ist die Mitgliederzahl wie folgt gestiegen: 1900: 548 231; 1905: 1 494 300; 1910: 1 562 112; 1911: 1 761 835; 1912 über 1 800 000.

Aus der Jugendbewegung.

Hurrajugendfürsorge! Während die Behörden besonders in Preußen die Jugendbildungs- und Jugendpflegebestrebungen der organisierten Arbeiterschaft auf alle Art zu unterdrücken suchen, sieht man auf der anderen Seite, wie die sogenannte nationale Jugend mit Hochdruck gehegt und gepflegt wird. Neuerdings in erhöhtem Maße von den Militärbehörden. Damit wird die nationale Jugendbewegung offensichtlich auf das politische Gebiet getrieben, was der Arbeiterjugend bekanntlich als größtes Vergehen angerechnet wird. Und dieses Messen mit zweierlei Maß nennt man in Preußen-Deutschland schließlich noch „gleiches Recht für alle"! Der preußische Kultusminister hat in diesen Tagen an die Regierungspräsidenten einen Auszug aus den vorläufigen Bestimmungen über die militärische Unterstützung der nationalen Jugendpflegebestrebungen zugehen lassen. Danach sind für die Entscheidung über alle die militärische Förderung der Jugendpflege bezweckenden Anträge die Garnisonkommandos, auf den Truppenübungsplätzen die bekannten Kommandanturen zuständig. Jugendwanderabteilungen und ihren Führern kann in Kasernen, Exerzierhäusern oder sonst geeigneten militärfiskalischen Räumlichkeiten Unterkunft und bei Benutzung der Militäreisenbahn Fahrpreisermäßigung gewährt werden. Militärschwimmanstalten dürfen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die bisher schon gewährten sonstigen Vergünstigungen, z. B. Ueberlassen von Exerzierplätzen, Spielgelegenheit, Turnhallen, Beteiligung an Uebungen und Paraden usw. behalten auch weiterhin ihre Gültigkeit. In den Garnisonlazaretten und Kasernenkrankenstuben darf von den Militärärzten bei Verletzungen und Erkrankungen erste ärztliche Hilfe geleistet werden. Diese offensichtlich gegen die Jugendpflege der organisierten Arbeiterschaft gerichteten Maßnahmen werden die Arbeiterschaft umsomehr anspornen, alle Kräfte einzusetzen, um der Arbeiterjugend das zu bieten, was ihr in ihrer Entwicklung not tut.

Kommunales.

Badische Gemeindewahlen. In dem Dorfe Jspringen bei Pforzheim wurde der Parteigenosse August Benz, ein früherer Goldarbeiter, wiederum zum Bürgermeister gewählt; er erhielt 28, sein Gegenkandidat, auch ein Goldarbeiter, erhielt 28 Stimmen. — In Forchheim bei Karlsruhe verlief die Bürgermeisterwahl nach dreimaliger Tagfahrt erfolglos, weshalb die Regierung den bisherigen Bürgermeister auf ein weiteres Jahr einsetzte. Unter den Kandidaten kam der sozialdemokratische ernsthaft in Betracht; sein Sieg gegen einen Reaktionär wäre gesichert gewesen, wenn der Freisinn seine Unterstützung nicht versagt hätte. — In dem Städtchen Gernsbach gingen die Sozialdemokraten mit den Liberalen gemeinsam bei der Ausschußwahl gegen das Zentrum vor. Resultat: 27 Fortschrittler, 8 Liberale, 4 Sozialdemokraten und 21 Zentrümler.

Soziales.

Denunziation gegen die Ortskrankenkassen. Eine Zahl von Mitgliedern der Ortskrankenkassen in Adlershof, Friedenau, Köpenick, Mariendorf, Steglitz, Tempelhof und Zehlendorf haben kürzlich an den Landrat des Kreises Teltow eine Eingabe gerichtet, in welcher sie die Ortskrankenkassen denunzieren, Beiträge an den „Zentralverein" der Ortskrankenkassen zu zahlen, was gesetzwidrig sei. Weiter heißt es in der Eingabe: „Dieser Zentralverein, dem die Kassen angehören, besteht aus lauter Sozialdemokraten; der Vorsitzende Simanowski, unseres Wissens ein früherer Maurergeselle, ist Vorstandsmitglied der Berliner Sozialdemokraten. Ein solcher Verein mit solchen Leuten kann uns Kranken doch nichts nützen, und unser Geld ist fortgeworfen. Es ist denn auch tatsächlich erwiesen, daß dieser Zentralverein nichts weiter tut, als die Macht und das Ansehen der Sozialdemokratie zu vergrößern und zu verstärken. Wir bitten daher Euer Hochwohlgeboren, diese Angelegenheit untersuchen zu wollen und den Kassen anzubefehlen, keine Beiträge an diesen Zentralverein zu bezahlen und aus dem Verein auszutreten." — Diese niederträchtige Denunziation ist offenbar bestellte Arbeit. Kürzlich wurde bekanntlich ein „nationaler" Krankenkassenverband gegründet! Die Zugehörigkeit zu diesem Verbande scheint den Denunzianten am Herzen zu liegen. Die segensreiche Wirkung des Zentralverbandes zugunsten der Krankenkassen kennen die Herren natürlich nicht oder verschweigen sie mit Absicht.

Wie die Angestelltenwahlen in Landkreisen gemacht werden. Im Landkreis Breslau hatte die „Freie Vereinigung" eine Vorschlagsliste für die Angestelltenwahlen eingereicht und sich noch am Tage vor dem Schlußtermin durch telephonische Anfrage beim Landratsamt versichern lassen, daß ihre Liste die einzige eingereichte sei. Ein paar Tage später machte der Landrat bekannt, daß die Vorschlagsliste des agrarischen Güterbeamtenvereins als gewählt proklamiert werde, weil eine andere gültige Liste nicht vorliege. Die nicht wenig überraschten Kandidaten der Freien Vereinigung forschten nach des Rätsels Lösung und erfuhren nun, daß von ihrer Liste kurz vor Toresschluß zwei Unterschriften von Technikern und Werkmeistern aus einer Schiffswerft zurückgezogen worden waren, und dadurch die Liste hinfällig geworden sei. Als man den Techniker entrüstet zur Rede stellte, erklärte er, auf dem Landratsamt sei ihm bedeutet worden, wie unangenehm seine Unterschrift neben der eines notorischen Sozialdemokraten von seinen Arbeitgebern empfunden werden könne. Er habe deshalb zurückgezogen und wurde nun auf der Liste des Güterbeamtenvereins gewählt. So wird es gemacht! Der Mann ist übrigens nicht Mitglied des Bundes technisch-industrieller Beamter.

Was Handlungsgehilfen, die sich um Stellung bewerben, manchmal zugemutet wird. Im „Handelsstand", dem Organ des Vereins für Handlungskommis von 1858, wird mitgeteilt: Die Firma Heinrich Franck Söhne, Linz a. d. Donau, hatte einen Posten als Reklamefachmann ausgeschrieben. Ein Mitglied, das sich bewarb, bekam einen Fragebogen zum Ausfüllen mit ungefähr zwei Dutzend Fragen. Die Ausfüllung nahm eine gute Stunde Arbeit in Anspruch. Bis in das neunte Lebensjahr ging die Wißbegierde der Firma zurück. Einige Wochen später erhielt der Bewerber den nachfolgend abgedruckten zweiten Fragebogen:

„Linz a. d. D., . . August 1912.

Herrn . . . . . in . . . . . .

Auf Grund Ihrer Offerte, datiert . . Juli . . . . , liegt uns der Informationsfragebogen I — auf Vormerkung — vor, und, nachdem wir demnächst einen Posten zu besetzen haben werden, für welchen wir Sie als Bewerber in die engere Wahl eintreten lassen würden, so bitten wir Sie, die weiteren Informationsfragen II auch gefl. bald und eigenhändig uns beantworten zu wollen.

1. c) Ihr Geburtsort?
   d) Ihr Zuständigkeitsort?
2. a) Name Ihres Herrn Vaters? und
   b) dessen ev. frühere — Stellung?
   c) wenn dieser nicht mehr am Leben, Ihrer Frau Mutter?
   d) Dermaliger Wohnort dieser?
   e) Für weiteren Fall Ihres Herrn Vormünders Namen, Stellung, Wohnort?
3. Sind Ihre Eltern resp. Ihr Vormund mit Ihrer Bewerbung einverstanden?
4. a) Ihre Familienverhältnisse, soweit solche einen Einfluß auf Ihre Stellung ausüben könnten?
   b) Haben Sie pekuniäre Verpflichtungen? Raten?
   c) Sind Sie verlobt oder vorhabend?
   d) Sind Sie, oder waren Sie verheiratet und seit?
   e) In solchem Falle, wie groß ist Ihre Familie?
6. Ihr politischer Stand- und
7. Ihr sozialer Gesichtspunkt?
8. Ihre Militär-Details, wenn frei? warum?
9. a) Dermaliger Gesundheitszustand?
   b) Haben Sie irgendeine Eigentümlichkeit oder Gebrechen?
   c) Waren Sie krank? — wann? — warum? — wie lange?
   d) Sind die Nachwirkungen von früheren Krankheiten zurückgeblieben und welche?
   e) Sind Sie von großer oder eher kleiner Statur?
   f) Sind Sie korpulent oder schlank?
   g) Welche Haar- und Bartfarbe?
   h) Sind Sie Radfahrer oder treiben Sie sonstigen Sport?
   i) Sind Sie Musiker und Sangfreund?
   k) Tragen Sie Augengläser? Welche Nr.?
   l) Ist Ihr Vorleben stets ein geordnetes gewesen?
10. c) Ihre sonstigen Referenzen, zunächst von Kaufleuten außer Ihren Geschäftsprinzipalen, eventuell auch von Kollegen? — Verwandte ausgeschlossen. — Ob da angefragt werden darf?
11. Hatten oder haben Sie irgend welche, wenn auch fernliegende Konnexionen mit einer Konkurrenzfirma von uns oder mit einem Beamten derselben?
12. Welche Bureaustunden haben Sie in Ihrer letzten Stellung geübt? Früh . . Uhr bis . . Uhr, mittag . . Uhr . . Uhr.
13. b) Arbeiten Sie flink oder bedächtig?
    c) Haben Sie besondere Neigungen für einzelne und welche Leistungen?
14. a) Besitzen Sie eine gefällige Handschrift, fließende und ausdrucksvolle Korrespondenzweise, welche kurz und präzis die
    b) Sache trifft?
    c) (Wir ersuchen um Beifügung eines zwei Seiten ganz füllenden, einen beliebigen Stoff — nicht die Offerte — behandelnden, ohne Beihilfe, also selbst verfaßten, nicht nach einem Geschäfts-Muster „abgeschriebenen" Briefes oder Aufsatzes, der als Stilprobe dienen kann in deutscher, sowie in jeder anderen Ihnen geläufigen Sprache.)
15. Könnten Sie Kaution stellen?
16. Besitzen Sie volle Kenntnisse:
    b) in Berechnungen? Tarifwesen? Spedition?
    c) Alters- und Krankenkasse? Lohnwesen?
    d) besondere Waren? hervorragende in Branchen?
    f) sprechen Sie geläufig?
    g) korrespondieren Sie darin gewandt oder mittelmäßig, jedenfalls aber grammatikalisch korrekt? (Auch davon bitten wir um eine „Probe", also in jeder weiteren Sprache, die Sie beherrschen.)
17. a) Wie stellen Sie sich Ihre Zukunft als Geschäftsmann vor? (Sogenannte Lebens- und Vertrauensstellungen verleihen wir nicht, sind vielmehr der Meinung, solche können nur erworben werden, auch die Frage späterer Verheiratung hängt vom Verhalten und der verlangten Stellung ab.)
    b) Beabsichtigen Sie sich später zu etablieren?
    c) Wann, wie, wo? vorhabend.
    d) Vielleicht später das Geschäft von den Eltern oder Verwandten zu übernehmen, oder in ein solches einzutreten?
    e) In welcher Branche?
18. a) Wie lange wollen Sie noch konditionieren?
    b) Reflektieren Sie auf bleibende Stellung? (Zur bloßen weiteren Ausbildung, Studium, Kenntniserweiterung stellen und schaffen wir niemand ein, nur für längere, treue Dienstleistung können wir Aufnahme bewilligen.)
19. Sind Sie eventuell willens, eine vierwöchige Probezeit anzutreten auf gegenseitige Konvenienz mit Tagesgehalt?
20. Möchten Sie sonstige Bedingungen stellen? und welche?
31. Bis wann könnten Sie ehestens eintreten?
22. Wir bitten noch um . . . .
23. Beilage:

Die alsbaldige Rücksendung — innerhalb 8 Tagen — gegenwärtigen Fragebogens erbitten wir uns von Ihrer Zuverlässigkeit auch für den Fall, daß Sie ihn nicht beantworten, d. h. auf einen Posten bei uns nicht mehr reflektieren wollten.

Ein Adreß-Kuvert mit Freimarke liegt hierzu bei.

Mit Achtung grüßen freundlich

Heinrich Franck Söhne.
Gegründet 1827.
Aecht: Franck: Kaffee-Zusatz.
Internationale Unternehmung.

Erst alle Fragen durchlesen, dann folgerichtig ausfüllen, nicht mit Schnörkeln, Strichen, wo nichts zu sagen, gar nichts einsetzen. Exakte Ausführung aller Fragen, aber mit präziser kurzen Worten ohne alles nicht dazugehörende Umständliche."

So weit der Fragebogen.

Das ist selbst dem „Handelsstand" zuviel. Er bemerkt dazu: „Mit wachsendem Staunen" haben wir diesen Fragebogen, der den Bewerber mehr auf Herz und Nieren prüft und über seine intimsten Privatangelegenheiten aushorcht, als die Erkennungskarten des Kriminaldienstes es tun, gelesen. Wir können den Handlungsgehilfen, die von der Firma Heinrich Franck Söhne in Linz an der Donau einen derartigen Fragebogen zugesandt erhalten, nur dringend empfehlen, seine Beantwortung abzulehnen. In welcher Form dies geschieht, überlassen wir dem Temperament jedes einzelnen; die Hauptsache ist, daß der Firma die Klarheit darüber verschafft wird, daß man einem Handlungsgehilfen derartige unglaubliche Fragebogen nicht vorlegen darf, ohne Spott und Zorn zu erregen."

Aus dem Gerichtssaal.

Der Küchenchef als Lehrlingsschinder. Das Schöffengericht in Hannover verurteilte am Freitag den Küchenchef Walter Eulenburg vom „Bayrischen Hof", einer sehr vornehmen Küche, wegen brutaler Lehrlingsmißhandlung zu einem Monat Gefängnis und Zahlung einer Buße von 100 Mk. an den mißhandelten Lehrling, der infolge der Mißhandlungen dauernden Schaden an seiner Gesundheit erlitten. Der mitangeklagte Koch Georg Knot wurde zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Dem Küchenchef Eulenburg wird doch hoffentlich die weitere „Ausbildung" der Lehrlinge entzogen werden?

Zwei Militärgerichtsurteile. Ungehorsam — vier Monate Gefängnis. Am 23. August befahl ein Unteroffizier dem Füsilier Gottlieb Johann Ellinger von der 4. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 122 in Ulm gelegentlich einer Felddienstübung, auf einen frisch mit Lehm bestrichenen Baum zu steigen. Ellinger weigerte sich, dem Befehl nachzukommen mit der Begründung, daß er nicht klettern könne. Er blieb auch dann noch bei seiner Weigerung, als ihm der Unteroffizier einen Mann zu seiner Hilfe beigeben wollte, und äußerte schließlich, daß er nicht auf den Baum steigen werde, da er dann acht Tage lang an seinen Sachen zu putzen hätte. Das Kriegsgericht Ulm verurteilte den Angeklagten, der sein Verhalten mit Müdigkeit entschuldigte, wegen Ungehorsams und Beharrens im Ungehorsam unter Gewehr vor versammelter Mannschaft zu vier Monaten Gefängnis. Die hiergegen von dem Verurteilten eingelegte Berufung wurde vom Oberkriegsgericht verworfen mit der Maßgabe, daß ihm 14 Tage der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet wurden. — Mißhandlung und Beleidigung — 5 Tage Stubenarrest! Hinter verschlossenen Türen verhandelte das Dresdner Kriegsgericht gegen den 22 Jahre alten Leutnant von Pillement vom Karabinierregiment in Borna wegen Mißhandlung und Beleidigung eines Untergebenen. Noch vor Verlesung der Anklageverfügung wurde die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung wegen angeblicher Gefährdung militärdienstlicher Interessen ausgeschlossen! Das Gericht nahm nur „vorschriftswidrige" Behandlung und Beleidigung an und verurteilte den Leutnant zu fünf Tagen Stubenarrest. Worin die strafbaren Handlungen des Angeklagten bestanden haben, war aus der Verhandlung nicht zu erfahren, da man auch für die Urteilsbegründung die Öffentlichkeit kurzerhand ausschloß! So viel bestimmt verlautet, soll der Angeklagte gegen seinen Burschen tätlich geworden und ihn mit unflätigen Redensarten belegt haben. Wenn Erstklassige vor Gericht stehen, scheut man die Öpentlichkeit.

Das milde Militärgericht und der „vergeßliche" Prinz. Der seltene Fall, daß sich ein Angehöriger eines fürstlichen Hauses wegen militärischer Vergehen vor dem Militärgericht

verantworten muß, hat sich am 15. Oktober vor dem Kriegsgericht der königlichen Landwehrinspektion Berlin zugetragen. Das Gericht war unter dem Vorsitz des Oberstleutnants Diedrich zusammengetreten, um gegen den Prinzen Nikolaus von Thurn und Taxis zu verhandeln. Die Anklage legte dem Prinzen zur Last, sich in neun Fällen des militärischen Ungehorsams schuldig gemacht zu haben. Es handelte sich bei diesen Vergehen um Nichtbeachtung von Gestellungsordern, die dem Angeklagten von seinem Bezirkskommando zugestellt worden waren. Nach Verlesung der Anklage beantragte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Willeke, den Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht gab diesem Antrag statt, und zwar unter der Begründung, daß eine „Gefährdung militärdienstlicher Interessen“ zu besorgen sei. Das Urteil sowie die Urteilsbegründung wurden jedoch durch den Verhandlungsleiter, Kriegsgerichtsrat Maiwald, in öffentlicher Sitzung verkündet. Aus der Urteilsbegründung geht folgender Sachverhalt hervor: Prinz Nikolaus von Thurn und Taxis ist gegenwärtig Oberleutnant zur See der Reserve. Er hat sich seinerzeit, als er seinen Abschied nahm, freiwillig zur Reserve überschreiben lassen. Es war infolgedessen seine Pflicht, allen Befehlen des Bezirkskommandos nachzukommen. Anfang Juni dieses Jahres erhielt er ein sogenanntes „R“-Schreiben, das mit der Mobilmachungsorder zusammenhing. Diese „R“-Schreiben müssen von den Empfängern genau eingesehen und, nachdem der Empfang vermerkt ist, an das Bezirkskommando zurückgegeben werden. Der Angeklagte hat dies jedoch nicht getan. Er erhielt im Laufe der nächsten Monate noch weitere acht Schreiben, also im ganzen neun Befehle, die er nicht zurücksandte. Er ließ alle Schreiben unbeantwortet. Der Prinz hat auch die neun Fälle des Ungehorsams eingestanden, doch verteidigte er sich damit, daß er oft verreist gewesen sei. Das Gericht nahm an, daß er die Erledigung der Schreiben lediglich vergessen habe. Eine Verurteilung mußte jedoch aus dem § 94 in Verbindung mit § 93 des Militärstrafgesetzbuches erfolgen. Das Kriegsgericht nahm nicht neun Einzelfälle an, sondern ein Beharren im Ungehorsam. Es erkannte auf drei Wochen Stubenarrest. — Was einem gewöhnlichen Soldaten im gleichen Falle passiert wäre, kann der Leser aus dem in dieser Nummer mitgeteilten Ulmer Bericht ersehen. Dort erhielt ein Soldat, der sich weigerte, auf einen mit Lehm beschmierten Baum zu steigern, vier Monate Gefängnis.

Sacharinschmuggel ohne Ende. Seit Donnerstag, 17. Oktober, beschäftigt das Landgericht München I der Prozeß gegen eine 14 Köpfe starke Sacharinschmugglerbande und schon wieder ist eine Bande von 15 Mitgliedern verhaftet worden, darunter ein Familienvater von 7 Kindern und eine Frau, Mutter von 6 Kindern, denen wegen des gleichen Reates in nächster Zeit der Prozeß gemacht werden soll. Bei einer während der Verhandlung im Zuhörerraum vorgenommenen Razzia wurden weitere 6 Personen als verdächtig verhaftet. Man sieht, welch weite Kreise das Schmugglerhandwerk trotz der exorbitant hohen Strafen, die darauf gesetzt sind, zieht. Es wird sicher als ein Zeichen unserer unhaltbaren wirtschaftlichen Zustände anzusprechen sein, daß sich gerade notleidende Vorstände kinderreicher Familien dem gefährlichen Handwerk widmen, obwohl meist der Profit für sie in keinem Verhältnis zu dem Risiko steht. Den Löwenanteil an dem Gewinn schieben ja doch die sogenannten Häupter der Banden in die Tasche.

Aus Nah und Fern.

Das Ende des Grünbergers? Der Breslauer „Volkswacht“ schreibt man aus Grünberg: Die Weinernte ist vorüber, und man kann auch sagen, die Weinsuche ist damit beendet. War es doch in diesem Jahre eine wirkliche Suche nach den Trauben, und fand man ein paar davon, so mußte man konstatieren, daß sie nicht reif und noch dazu erfroren waren. Wenn man die Weinlese aus früheren Zeiten mit der diesjährigen vergleicht, so ist ein recht krasser Unterschied zu verzeichnen. Früher haben die Gefäße nie gereicht, in denen der Wein gesammelt wurde, wohingegen man in diesem Jahre die wenigen Trauben in ein paar Wasserkannen nach Hause tragen konnte. Wenn man nun bedenkt, wieviel Arbeit und Schweiß diese wenigen Beeren gekostet haben, so können wir es den Weinbergbesitzern absolut nicht verdenken, wenn sie nun entschlossen mit der Rodehacke auf der Schulter in ihre Weingärten gehen und Platz für Kartoffeln und Kornbau schaffen. Sie sagen sich mit Recht, Kartoffeln und Korn können sie ernten, wenn sie wollen. Den Wein hingegen dürfen sie erst dann schneiden, wenn der Magistrat dies bestimmt, laut der königlichen Kabinettsorder von vor 60 Jahren.

Bei einem schweren Gewitter wurden bei Soest ein 34jähriger Landwirt, seine Frau und zwei Pferde vom Blitz getötet.

Bahnunglück. Montag sprang auf der Strecke Klostermansfeld—Mansfeld ein Wagen der elektrischen Kleinbahn aus den Schienen und stürzte um, wobei fünf Personen verletzt wurden. Die Ursache ist zu schnelles Fahren.

Entflohene Geisteskranke. Während der Besuchszeit der Berliner städtischen Irrenanstalt Buch verstanden es drei angeblich geisteskranke Verbrecher, zu entfliehen. Der Gefährlichste der drei Entkommenen ist von den Streifzügen der See-Piraten her bekannt, die an der Oberspree und am Müggelsee die Sommerwirtschaften vom Wasser aus heimsuchten und sich vor keiner Gewalttat scheuten.

Zugunglück. Infolge Nichtfunktionierens einer Weiche fuhr ein Zug der Rhaetischen Bahn statt in den Albula-Tunnel gegen die Stirnwand. Die Lokomotive ist zertrümmert worden, das Lokomotivpersonal wurde schwer verletzt.

Familiendrama. Die seit drei Jahren von ihrem Manne, einem Trinker, getrennt lebende junge Frau Jumnisch hat sich mit ihrem siebenjährigen Söhnchen bei Borgsdorf in den Berlin—Stettiner Schiffahrtskanal gestürzt. Beide sind ertrunken. Die Leichen sind bereits geborgen.

Aufgelaufen. Einer Depesche aus Wladiwostok zufolge ist der Dampfer „Hosanmaru“ mit Passagieren des transsibirischen Schnellzuges im Nebel bei einer Insel 6 Meilen südlich von Wladiwostok aufgelaufen. Die Passagiere sind unversehrt gelandet.

Ein jugendlicher Räuber. In der Langestraße in Berlin wurde eine Verkäuferin von einem 15jährigen Burschen überfallen, der sie mit einem Gasrohr niederschlug, als sie ihm Brot einwickelte. Er konnte nur 75 Pfg. rauben, da die Verkäuferin um Hilfe rief; diese wurde nur leicht verletzt.

Standesamtliche Nachrichten

vom 13. bis 19. Oktober 1912.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

2. Oktober. Prokurist W. Cohn. 9. Kaufmann O. F. W. Höpfner. 10. Maler P. F. Hamann. Arbeiter J. J. F. Ehlers. 12. Uhrmacher W. M. R. H. Westfehling. Zeichner J. H. F. Dobbertin. Schlosser R. H. F. L. Düsfier. Arbeiter H. P. Jacobs. 13. Arbeiter F. W. Berderow. Arbeiter C. E. Vogt. Lagermeister W. J. H. Wiencke. Schmied G. F. W. W. K. Becker. Arbeiter W. C. J. Schulz. Tischler C. C. H. Faase. Prokurist E. C. E. Witt. 14. Arbeiter O. R. Hinz. Wohnungskontrolleur H. J. H. Lammers. Arbeiter F. A. Hinz. 15. Steuerer F. W. V. Paltzow. 16. Kaufmann J. F. J. Fischer. 17. Dreher C. W. P. Kliefs. 19. Maler A. F. Meier.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

7. Oktober. Schuhmacher A. E. Thien. 9. Tapezierer A. L. W. Starck. 10. Feuerwehrmann F. A. F. Chr. Ziething. Arbeiter J. H. Hansen. Korrespondent K. A. W. E. von Kamptz. 12. Tischler C. A. W. Rahlfs. 13. Briefträger F. C. H. Haegqwist. Kaufmann J. J. H. Bleufs. Schiffskoch A. H. J. Bublitz. 14. Schuhmacher C. H. F. Rehder. Monteur C. W. H. Kanis. 15. Uhrmacher C. A. Th. Seidel. Eisenbahn-Wagenrangierer W. Th. A. Alpen. Maurer P. F. W. H. Jonas. 16. Gartenarbeiter J. J. H. Asmus. 17. Kellner G. K. Radke. Werkmeister F. A. Chr. Erbe. Tischler J. C. F. Kröger.

Angeordnete Aufgebote.

14. Oktober. Bureaugehilfe R. Dahmlos in Kiel und M. E. D. Ströh. Kellner W. Johansen und L. D. K. Duve, beide in Hamburg. Vorarbeiter J. P. Piper und die Witwe D. K. E. Schlichting geb. König. Schlossergeselle K. W. G. Sahlmann und B. A. M. Schlage. 15. Buchhalter E. H. R. Buck und A. Sosnowski. Schmiedegeselle H. O. Röhrs und L. M. Koplin. Schlossergeselle G. H. F. W. Schmidt in Hamburg und E. H. Völker. Ingenieur K. E. H. Friebel und die geschiedene M. A. Behrens geb. Zenker, beide in Leipzig. 16. Arbeiter J. F. Reuter und W. M. S. Hannemann, beide in Hamburg. Werftarbeiter J. A. Deutschmann und M. D. Doege, beide in Altona. Postassistent P. A. Helms in Bordesholm und Chr. M. E. Thomsen in Kristelhoe. Maschinist F. W. Chr. Evers und A. W. K. J. Nielandt in Plau. Chemiker K. A. Wortmann und L. M. L. Rosemeier in Laband. Nieter G. E. M. Paarmann und P. M. Ostrowski. Kaufmann M. E. E. Neumann in Hamburg und J. F. Hase. Diener W. C. K. Wüst in Hamburg und C. M. M. Palm. 17. Arbeiter A. K. A. Siegmund und A. M. F. Leopold. Schlossergeselle E. W. A. Ewers und E. A. B. M. S. Braune. Arbeiter K. H. F. Bröcking und die geschiedene E. S. M. Zacrzewski geb. Rath. Arbeiter A. Karlsson und Witwe E. J. K. Arendt geb. Mahnke. Tapezier H. B. J. Arp und M. H. J. H. Korff in Niendorff a. d. Ostsee. 18. Postaushelfer A. A. G. K. Illner und H. M. E. Heier, beide in Hamburg. Arbeiter J. H. L. Mellahn und W. Grotzki. Geschäftsführer J. A. Lippmann in Neumünster und E. W. D. Chr. Bade. Klempnermeister W. H. J. Pump und E. S. J. Möller. 19. Schlossergeselle H. J. P. Runge und A. K. H. Mannshardt. Arbeiter F. J. Chr. Levermann und K. M. J. H. L. Knaack. Straßenbahnwagenführer F. Kiehl und E. P. H. Schuldt. Maschinist H. Chr. K. Heier und F. D. J. W. Frank, beide in Vorwerk.

Eheschließungen.

15. Oktober. Schlachtergeselle K. F. Hoffmann und E. P. L. Frei. Kaufmann F. W. C. Langermann und H. K. J. Holz. Eisendreher M. W. G. Schulz und H. K. F. H. Hädel. Stanzer F. P. G. Meyborg und H. K. M. Peters. 16. Tischlergeselle R. W. H. Krüger in Anklam und M. M. J. Hagenström. 17. Expedient F. H. K. Brockmüller und A. C. K. E. Danielsen. 18. Bauführer O. H. F. David in Wismar und H. S. David. Zollbeamter H. E. Siemsen in Schleswig und Witwe E. A. K. F. Boldt geborene Mercker in Travemünde. Schlachter F. J. Schömig und O. M. A. Brede. 19. Kaufmann P. E. A. K. Blume in Lauenburg a. d. Elbe und M. E. J. Osterloh. Schuhmachermeister J. F. Mußfeldt und Witwe A. M. Büttner geb. Lehmann in Annahütte. Maurer F. H. H. Roock und W. M. A. F. J. Berg in Krempelsdorf. Schornsteinfegergeselle J. W. H. Bay und L. M. F. Törber. Schlachtergeselle F. K. Fretzer und A. M. D. Joaich. Bootsführer O. Eilebrecht und M. G. Zett. Arbeiter A. F. L. Schläger und M. M. S. Nebermann. Geschäftsführer J. H. E. Sütel und H. C. K. Dreyer. Bureauvorsteher J. K. M. O. Möller und A. J. Kujal. Handlungsgehilfe W. K. M. Wilß und A. A. K. Bade. Arbeiter H. B. A. Thies und B. K. M. Reshöft. Bureaugehilfe A. H. J. Dräger und L. M. F. J. Damboldt. Seemaschinist H. L. Claussen in Hamburg und M. M. J. Lenzau. Lagerarbeiter G. K. G. Vermehren und A. K. W. Dürkop. Buchbindergehilfe H. W. F. C. Beese und K. M. E. Woisin. Hausmeister H. C. J. Grambow und C. F. A. Lehsten.

Sterbefälle.

11. Oktober. Heizer J. H. Johnson, 23 J. 12. Kontoristin L. C. C. Utescher, 25 J. J. H. M. geb. Karrasch, Ehefrau des Photographen O. P. Riefs, 58 J. 13. S. M. S. Wegner, 32 J. Früherer Zigarrenmacher K. L. F. Buhmann, 56 J. E. O. E. Stegemann, 7 T. Eisenbahnassistent G. J. H. Voss, 45 J. 14. Schlachter J. C. Juszkiewitz, 57 J. Ein Mädchen, 1 Tag, V.: Kaufmann J. J. H. Bleufs. A. M. M. geb. Hintze, Witwe des Arbeiters J. J. H. Körting, 64 J. M. M. A. Schmidt, 1 M. Schlachter F. C. T. Möller, 49 J. 15. Arbeiter J. L. A. Ahlgrimm, 62 J. E. M. E. Berghahn, 3 J. C. G. E. F. M. Steffens, 11 J. C. D. M. geb. Beytien, Witwe des Arbeiters C. F. Kanis, vorher verwitwete Gäde, 96 J. Sergeant F. C. W. Steinhagen, 24 J. 16. W. F. J. Wehr, 7 Tage. W. J. C. geb. Hübenbecker, geschiedene Lindemann, Ehefrau des Schmieds R. M. T. Ehrke, 40 J. M. E. geb. Genzmer, verwitwete Deuster, Ehefrau des Privatmanns H. L. M. Heinrici, 73 J. D. A. F. geb. Jürgens, Witwe des Arbeiters A. Corts, 59 J. (Groß-Steinrade). M. C. geb. Meßfeldt, Witwe des Tischlers J. A. F. Schmidt, 87 J. Maler W. A. Stefanowski, 29 J. Früherer Landwirt C. A. Cornelius, 68 J. 17. H. J. F. Haut, 1 M. C. C. geb. Fedder, Witwe des Privatmanns J. N. L. Schmidt, vorher verwitwete Lemcke, 90 J. S. Kröger, 7½ Stunden. 18. A. M. D. geb. Behnck, Witwe des Landmanns C. Prahl, vorher verwitwete Schnoor, 67 J. C. A. A. geb. Günther, Witwe des Brauereibesitzers A. J. Tamsen, 82 J. F. J. C. geb. Hoffmann, Ehefrau des Eisenbahn-Rangierers C. F. F. Wendler, 24 J. 19. W. K. A. Holz, 19 Tage.

Literarisches.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1913. Der sich seit vielen Jahren der allgemeinen Beliebtheit erfreuende Arbeiter-Notiz-Kalender des Berliner Vorwärts-Verlages ist soeben neu zur Ausgabe gelangt. Der Inhalt ist wieder sehr reichhaltig und beschäftigt sich mit den verschiedensten Materien. Zur Illustration des Inhalts geben wir einiges aus dem Inhalt wieder: Alle für den Arbeiter wichtigen Adressen — Porträts der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten — Reichhaltiges statistisches Material über die Reichstagswahlen 1912 — Die deutsche Reichsverfassung — Arbeiterbildung und Bildungsarbeit — Kinderschutzgesetz — Etwas vom Schnapsboykott — Die Gewerkschaften im Jahre 1911 — Kalendarium sowie Geschichtskalender, Portotaxe, Notizbuch. — Der Preis des Kalenders ist, wie bisher, 50 Pfg. für das gebundene Exemplar. Geliefert wird er durch alle Buchhandlungen.

Zwei gute Romane von bekannten Autoren gelangen gegenwärtig in der Zeitschrift „In Freien Stunden“ zum Abdruck. Es sind dies die Romane Ivanhoe von Walter Scott und das Weiberdorf von Clara Viebig. Beide Romane nehmen das Interesse der großen Lesergemeinde in weitgehendstem Maße in Anspruch. Auch die kleinen Abhandlungen, die alle Wissensgebiete umfassen, und die Humoristische Ecke erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit. „In Freien Stunden“ kostet nur 10 Pfg. pro Heft und ist durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten zu beziehen. Probehefte kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Von der schönen Otero weiß **„Das Buch für Alle“** folgende amüsante Geschichte zu erzählen: In Paris, wo die pikante Spanierin sich vor einiger Zeit bewundern ließ, treiben bekanntlich die „Apachen“, Banden von Dieben, Einbrechern und Raufbolden, ihr Unwesen. „La belle Otero“ hörte so viel von diesen Gaunern, daß sie von Neugier geplagt wurde, die persönliche Bekanntschaft einiger dieser Herrschaften machen zu können. So ließ sie sich denn eines Nachmittags nach dem verrufensten Teil der Seinestadt fahren und betrat furchtlos eine verräucherte Taverne, die man ihr als das Stammlokal der Apachenhäuptlinge bezeichnet hatte. Wüster Lärm scholl ihr entgegen, und man kann sich denken, welches Staunen es erregte, als die elegant nach der neuesten Mode gekleidete, seidenrauschende Brettlprinzessin in der Spelunke auftauchte. Der fast erstickenden Atmosphäre von Tabaksqualm und Schnapsdunst nicht achtend, schritt sie beherzt an einen Tisch heran, um den sich etwa ein Dutzend recht wild aussehender Burschen gruppiert hatte. Lachend erklärte sie den Verblüfften, daß sie die Otero sei und gekommen wäre, um die Leute, von deren tollkühnen Taten man so viel erzählte, einmal in der Nähe zu sehen. Es dauerte gar nicht lange, da saß die Schöne mitten unter den wüsten Gesellen und ließ sich von ihnen den Hof machen. Als sie sich nach fast einer Stunde empfahl, bezahlte die exzentrische Artistin die ganze Zeche und fuhr heim. Wenige Stunden später entdeckte sie das Fehlen eines ihrer schönsten Brillantringe an ihrem Finger. Obwohl sie nicht gerade erbaut war von dem Verlust, konnte sie doch nicht umhin, die Geschicklichkeit des Apachenjünglings zu bewundern, der ihr den Ring vom Finger gedreht hatte, ohne daß sie es bemerkte.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten“** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten“.**

Zu verkauf. eine Wiese
zirka 15 Tonnen, in der Nähe der Waldhalle Schwartau belegen, in jeder beliebigen Größe zu den günstigsten Bedingungen. 4313
David, Gastwirt, Teerets.

Täglich frische Milch
und (4372
Lübecker Genossenschafts-Brot.
Ellerbrook 4.

Alte Gebisse
per Zahn bis 2 Mark
auch Bruchteile, kauft (4354
Einar Sörensen Engelswisch 42–44, II. l.

Achtung Radfahrer! (4341
Schmitts Prima Löwenpneumatic
ist das **beste** und **billigste.**
Karbid zu billigsten Tagespreisen.

Meierei Schwartau
Inh.: **Ph. Eitel** — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art
in bester Qualität. (2023

Schulschreibhefte
mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Unübertroffen!
Schnellwaschmittel
Ragoda
gibt schneeweiße Wäsche, bleicht wie die Sonne, ohne Chlor, ohne Schärfe
1 Pfd. nur 55 Pf.
Höchste Auszeichnungen.
Zur Einführung von Ragoda geben wir gegen Gutscheine von 10 Pfd. 3 Ia Alp.-Teelöffel, 1 echt silb. Blusennadel od. 1 ff. Kollier, von 20 Pfd. 1 ff. Doublé-Brosche od. Damenkette, von 30 Pfd. 2 echt silb. Teelöffel oder 1 echt silb. Kollier mit echten Steinen, auf 40 Pfd. 1 ff. echt gold. Brosche usw. bis Ende 1913. Weiteres die Prospekte
SCHUMANN & WILLE, WITTENBERGE
(3819)

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer usw. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (180

Holsten-Meierei
Wickedestraße 44
2025) **Fernruf 2336**
empfiehlt täglich frische
ff. Meierei-Butter, Schlag- u. Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Pimpkäse. Spezialität: **Kochkäse.**

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
3007) empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.